

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 2 Februar 2010 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



**Gewalt gegen die Polizei:
§ 115 StGB jetzt!**

In dieser Ausgabe:

Terrorismus:
Die Sensibilität gegenüber der
Terrorgefahr ist verloren gegangen

Interview:
Der Terrorismus ändert seine Taktik

Tarifpolitik:
Auftakt Einkommensrunde 2010

Gleichstellung:
DGB-Bundesfrauenkonferenz 2010

Waffenrecht:
Waffenamnestie bringt Bürger in Bedrängnis

Seniorenjournal

„Bundesweite Untersuchung zur Gewalt gegen Polizeibeamte dringend notwendig“



Die Zahl der Fälle von Widerstand gegen die Staatsgewalt hat in den vergangenen zehn Jahren nach offiziellen Angaben um 30 Prozent zugenommen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bildet aber nur die Spitze eines Eisberges ab.

S.6

Auftakt Einkommensrunde 2010



Mit ihrer Forderung nach einem Gesamtvolumen von fünf Prozent mit einer sozialen Komponente und qualitativen Tarifverbesserungen nahmen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am 13. Januar 2010 in Potsdam ihre Verhandlungen mit den Arbeitgebern von Bund und Kommunen auf.

S. 11

Die Sensibilität gegenüber der Terrorgefahr ist verloren gegangen



Mit dem geplanten Attentat, das das Weihnachtsfest des Jahres 2009 überschattet hatte, gerät die Terrorismusbekämpfung auch in Deutschland wieder in den Blickpunkt des Interesses. „Höchste Zeit“, meint Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Auch in Deutschland ist die Sensibilität in Politik und Öffentlichkeit gegenüber der Terrorgefahr verloren gegangen.“

S.16

INHALT

Februar 2010

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR „Maßlose Forderung“	4
FORUM	4/5/37/38
TITEL/KRIMINALITÄT „Bundesweite Untersuchung zur Gewalt gegen Polizeibeamte dringend notwendig“	6
GESETZGEBUNG GdP fordert § 115 StGB gegen Übergriffe auf Polizisten	9
TARIFPOLITIK Auftakt Einkommensrunde 2010	11
Schwierige Verhandlungen um neue Entgeltlage	13
Forderungen Einkommensrunde 2010 mit Bund und VKA	14
Öffentlicher Dienst: Unterdurchschnittlicher Anstieg der Tarifverdienste	15
EHRUNG Hans-Böckler-Medaille für Rolf Thiel	15
TERRORISMUS Die Sensibilität gegenüber der Terrorgefahr ist verloren gegangen	16
Sprengstoffanschläge auf den Luftverkehr – Neuer „modus operandi“ des Dihadterrorismus	18
Der Terrorismus ändert seine Taktik	21
SPENDENAKTION Rettungswagen aus NRW birgt Verletzte in Bolivien	23
WAFFENRECHT Waffenamnestie bringt Bürger in Bedrängnis	26
INTERNET Vertraulichkeit im Netz ein weitverbreiteter Irrtum	27
GLEICHSTELLUNG DGB Bundesfrauenkonferenz 2010	28
RECHT GdP gewinnt Prozess gegen den Kopp-Verlag	31
GESPRÄCHE Auch Bierbrauer kämpfen gegen Alkoholmissbrauch	31
WEIHNACHTSPREISAUSSCHREIBEN „And the winner is ...“	33
SENIORENJOURNAL	37
BÜCHER/IMPRESSUM	40



Es geht bergauf – Kräftiger Mitgliederzuwachs 2009

Die Mitgliedszahlen der GdP sind bundesweit insgesamt nicht nur stabil, sie haben sich im Jahre 2009 gegenüber den vergangenen Jahren sogar erhöht. Knapp 170.000 Mitglieder bedeuten ein Plus zum Vorjahr von über 1.200 Mitgliedern, also fast 1% mehr. Für die GdP war 2009 ein sehr erfolgreiches Jahr.

Alljährlich werden zu Beginn des neuen Kalenderjahres dezidierte Statistiken erstellt, um die Mitgliedszahlen zu erfassen und Trends zu erkennen. Sicherlich tragen die leicht gestiegenen Einstellungszahlen in den Ländern, bei der Bundespolizei und dem BKA zu diesem guten Ergebnis bei, doch ist es in erster Linie dem Einsatz und der Überzeugungsarbeit der Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu verdanken. Bei den Vorstellungen in den Klassenräumen, Info-Ständen, Begrüßungspartys oder bei der Zusammenstellung von Materialien für

die jungen Kollegen/innen haben eine Vielzahl von JUNGE GRUPPE-Mitgliedern, Jugend- und Auszubildendenvertretern, Personalräten, Kreisgruppenvorständen und Vertrauensleuten mitgewirkt. Der guten Betreuungsarbeit ist es zu verdanken, dass sich im Bundesschnitt bislang mehr als 60 % der Neueinsteiger des Jahres 2009 bei der Polizei für eine Mitgliedschaft in der GdP entschieden haben. Einige Bezirke erreichten Eintrittsquoten von 90 bis 100 %. Aber auch Kolleginnen und Kollegen, die schon einige Jahre im Polizeidienst tätig sind, konnten von der guten Arbeit der GdP überzeugt werden. Rein statistisch gesehen sind 2009 täglich mehr als 20 Polizeibeschäftigte Mitglied der GdP geworden.

Gleichzeitig konnte die Zahl derjenigen, die die GdP verließen, zum wiederholten Male deutlich gesenkt werden. Die vielfältigen Leistungen (etwa der GdP-Rechtsschutz), die gute Betreuungsarbeit, ein

umfangreiches Seminarangebot, attraktive Reiseangebote und Hilfestellungen in vielen Lebenslagen tragen zu diesem guten Ergebnis bei. Ziel im Jahr 2010 ist es, noch mehr Kolleginnen und Kollegen von den Leistungen aber auch von der Sicherheit, die die GdP jedem Mitglied bietet, zu überzeugen.

Die lebensälteren Kolleginnen und Kollegen etwa haben dies längst erkannt und profitieren von einer leistungsstarken Gewerkschaft. Die Betreuung der angehenden und der bereits in den Ruhestand versetzten Kolleginnen und Kollegen werden kontinuierlich verbessert und intensiviert.

Das Projekt „APS – Ansprechpartner für Senioren“ oder auch „Aktivprogramm für Senioren“ genannt, wird bundesweit genutzt (die DP berichtete) und erfreut sich größter Beliebtheit.

Annette Terweide

GEWERKSCHAFTEN:

Klares Nein zu weiteren Privatisierungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge

Gewerkschaftliche Gegenwehr gegen neoliberale Angriffe auf den Sozialstaat hat der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Sommer, auf der DGB-Neujahrspressekonferenz am 7. Januar 2010 angekündigt. Er kritisierte heftig die Steuerpolitik der Bundesregierung. Steuersenkungen dürften nicht durch höhere Sozialabgaben erkaufte werden, die schließlich auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finanziert würden, so Sommer. Der Vorsitzende forderte die Bundesregierung auf, die Ursachen der Wirtschaftskrise zu beseitigen, anstatt Klientelpolitik zu betreiben und Steuererlöse zu verteilen. Um die Krise zu bekämpfen müssten die Mittel für das Konjunkturpaket II schneller abfließen und ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit weitreichenden Investitionen für Infrastruktur, Innovation, Forschung und Bildung aufgelegt werden.

Union und FDP agierten, so Sommer, als gäbe es kein Morgen und in dieser Krise etwas zu verschenken. Sommer: „Sie haben

kein Programm, wie sie Deutschland aus dieser Krise führen wollen. Bevor sie dieses Land geistig-politisch erneuern, sollten sie erst einmal bei sich selbst anfangen. Ganz nach dem Motto: Es geht um Deutschland und nicht um die bayrische Tourismuswirtschaft. Es geht um die Zukunft unserer Gesellschaft und nicht um Klientel getriebene Steuerpolitik.“ Das oberste Ziel für die Gewerkschaften bezeichnete der DGB-Chef die Beschäftigungssicherung, verbunden mit einer Ankurbelung der Massenkaukraft, also der Binnennachfrage. Die Gewerkschaften haben und werden entsprechend der Situation in ihren Auf Sommer: „Wir wollen mit tarifpolitischen Mitteln verhindern, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Existenzangst und Einkommensverzicht die Lasten dieser Krise und eine völlig verfehlte Steuerpolitik finanzieren bzw. tragen müssen.“ Eine klare Absage erteilte der DGB-Vorsitzende weiteren Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge.



DGB-Chef Michael Sommer auf der Neujahrspressekonferenz. Foto: Holecsek

hol



GLEICHSTELLUNG:

Gewerkschafterinnen treffen neue Frauenministerin

.Mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Köhler trafen sich aus Anlass der 17. Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes hochrangige Gewerkschaftsvertreterinnen am 14. Januar 2010 in Berlin. Dazu zählten neben der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock sieben Vorstandsfrauen der DGB-Mitgliedsgewerkschaften. Für die Gewerkschaft der Polizei nahm Elke Gündner-Ede, im geschäftsführenden Vorstand der GdP u. a. zuständig für Frauen- und Gleichstellungspolitik, an dem Gespräch teil.

Damit waren alle Branchen der deutschen Wirtschaft sowie die unterschiedlichen Bereiche des öffentlichen Dienstes vertreten – und die Themenvielfalt groß. Ganz oben auf der Themenliste stand für alle Gewerkschaftsfrauen die Entgelt-differenz zwischen Frauen und Männern, die in Deutschland derzeit bei rund 22 % liegt. Sie zeigt sich auch im öffentlichen Dienst, dessen Tarifwerk transparent und an objek-

ten Motivationsschub für die Arbeitgeberseite, damit wir die bisherigen Regelungen aus dem BAT endlich durch eine diskriminierungsfrei gestaltete Neuordnung der Entgeltgruppen ersetzen können.“

Gemeinsam forderten die Gewerkschaftsfrauen die Ministerin zudem auf, sich für eine Ergänzung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes einzusetzen, um dort künftig auch das Recht auf Rückkehr in eine

Vollzeitbeschäftigung festzuschreiben. Und sie versicherten Ministerin Dr. Köhler ihre Unterstützung beim Ausbau der Kinderbetreuung, die angesichts der finanziellen Engpässe in den öffentlichen Kassen derzeit für einige politische Entscheidungsträger zur Disposition zu stehen scheint.

Zum Abschluss des Gespräches betonte die stellvertre-

tende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock: „Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen zu schließen, mehr Frauen in Führungspositionen und eine Balance zwischen Familie und Beruf für beide Geschlechter – dafür machen sich Gewerkschaften seit langer Zeit stark. Wir freuen uns, wenn wir in Familienministerin Dr. Kristina Köhler eine engagierte Partnerin für diese Ziele finden. Die gleichstellungspolitischen Ziele des Koalitionsvertrages sind sicher nur ein erster Schritt in diese Richtung. Gewiss wünschen sich nicht nur die Gewerkschaftsfrauen, dass daraus bald ein konkreter politischer Fahrplan wird.“

wew.



Treffen der Gewerkschaftsfrauen mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (v.l.n.r.): Margret Mönig-Raane (ver.di), Anne Jenter (GEW), Helga Schwitzer (IGM), Eva-Maria Welskop-Deffaa (BMFSFJ), Bärbel Feltrini (IGBAU), Bundesministerin Dr. Kristina Köhler, Ingrid Sehrbrock (DGB), Regine Rusch-Ziemba (Transnet), Elke Gündner-Ede (GdP) und Michaela Rosenberger (NGG)
Foto: BMFSFJ

tiven Kriterien orientiert scheint. „Mit einer neuen, diskriminierungsfreien Entgeltordnung im öffentlichen Dienst, wie sie die Tarifparteien im TVöD und im TVL eigentlich längst vereinbart haben, könnten wir hier gegensteuern“, erläuterte Elke Gündner-Ede daher im Gespräch mit der Ministerin. Doch derzeit mangle es an der Umsetzung dieses gemeinsamen Ziels, weil die Verhandlungen zur Gestaltung der Entgeltgruppen ins Stocken geraten seien. Daher ist Elke Gündner-Ede froh über die Zusage von Dr. Kristina Köhler, künftig bei der Debatte um Entgeltgleichheit den öffentlichen Dienst stärker in den Blick zu nehmen: „Ich erhoffe mir dadurch auch ei-

BREMEN:

GdP verhindert Strafbefehl gegen Gewalttäter

Die GdP Bremen hat mit öffentlichem Protest verhindert, dass die Justiz einem Gewalttäter, der einen Kollegen bei einem Fußballeinsatz hinterrücks schwer verletzte, mit Strafbefehl davonkommen ließ.

Der damals 48jährige Kollege war im Mai 2007 als ziviler Fanbegleiter unterwegs, als er plötzlich hinterrücks durch einen Hooligan mit mehreren Fußtritten gegen den Kopf angegriffen wurde. Der Polizeibeamte erhielt noch weitere Tritte und Schläge, als er bewusstlos am Boden lag. Ein beherzter Kollege, der sich über ihn warf und mehrere Frankfurter Fans, die die beiden abschirmten, konnten Schlimmeres verhüten.

Der Kollege wies nach dem Angriff schwere Kopfverletzungen auf. Nach Auskunft eines Gutachters hätten einzelne von ihnen ausgereicht, um tödlich zu sein. Er war nach dem Vorfall mehrere Monate dienstunfähig und behielt die bleibende Schädigung eines Auges zurück.

Die GdP Bremen erhielt Ende Dezember 2009 die Information, dass sich Staatsanwaltschaft und Gericht darüber geeinigt hätte, die Tat mit einem Strafbefehl über 90 Tagessätze sanktionieren zu wollen. Denn, so die Begründung, der Täter habe im Sinne des Täter-/Opferausgleichs Schmerzensgeld und Behandlungskosten bezahlt und sich darüber hinaus entschuldigt. Außerdem sei die zuständige Richterin schwanger und zeitlich nicht in der Lage ein Beweisaufnahmeverfahren durchzuführen. Die GdP Bremen fand das Vorhaben der Justiz schlicht skandalös und machte dies auch öffentlich deutlich.

Am selben Tag erklärte eine Pressesprecherin des Amtsgerichts Bremen, dass „im Sinne des Rechtsfriedens“ ein Termin für ein Beweisaufnahmeverfahren mit einem anderen Richter anberaumt werden würde.

Damit geht ein Wunsch des verletzten Kollegen in Erfüllung, der in einem Strafverfahren dem Beschuldigten „Aug in Aug“ gegenüberstehen möchte.

Landesbezirk Bremen



„Maßlose Forderung“

Immer, wenn Gewerkschaften Forderungen nach Lohn- und Gehaltsverbesserungen der Arbeitnehmerinnen und –arbeitnehmer stellen, geht für Arbeitgeber die Welt unter. Sie beschwören Folgen apokalyptischen Ausmaßes, wenn der arbeitende Teil der Bevölkerung eine Verbesserung seines Lebensstandards durchsetzen will. Das gehört zum jahrzehntelangen Ritual einer jeden

Tarifrunde. So konterte auch der Bundesinnenminister vor den Kameras der versammelten Presse in Potsdam mit Leichenbittermiene die Forderung von ver.di, GdP, GEW und dbb-Tarifunion nach einer fünfprozentigen Erhöhung der Löhne und Gehälter in einem Volumen, in das die Altersteilzeit und die Übernahme von Auszubildenden eingerechnet werden könnte.

Diese Forderung, so Dr. Thomas de Maiziére, sei „maßlos“. Wäre er der Chef eines mittleren Maschinenbauunternehmens, der seiner Belegschaft klar machen müsste, dass er leider von den Banken keine Kredite bekommt, um die Vorfinanzierung eines großen Auftrages zu leisten und deswegen nicht nur keine Lohnerhöhung in Frage komme, sondern zudem der Bestand der Firma und damit der Arbeitsplätze auf dem Spiel stünde, so hätte er

nicht nur die Glaubwürdigkeit, sondern auch die bundesdeutsche Wirtschaftsrealität auf seiner Seite.

De Maiziére ist aber Mitglied einer Bundesregierung, die mit Stand Anfang 2010 1,6594 Billionen Schulden angehäuft hat und sich täglich neues Geld leiht, um es in die Banken zu pumpen, die eine Wirtschafts- und Finanzkrise epochalen Ausmaßes durch Zockerei ausgelöst haben. Und statt dieses Geld an den Maschinenbauunternehmer zu verleihen, damit er sich den Auftrag sichern kann, kaufen diese Banken damit Staatsanleihen der Bundesrepublik Deutschland. Das sind Papiere mit festen Zinsen und Rückzahlungsgarantie. Also: A, der sein Geld durch Zockerei verloren hat, bekommt Geld von B (wie Bundesregierung), der sich dafür hoch verschulden muss und Staatsanleihen ausgibt. A kauft mit dem Geld von B die Staatsanleihen von B, der dafür an A Zinsen zahlt. Überhaupt verwendet A nicht das Geld wie geplant, um die Wirtschaft anzukurbeln und den Konsum anzuregen, sondern zockt damit weiter an den Börsen, kauft Öl, Zucker, Gold: Werte also mit hoher Rendite.

Das Geschäft lohnt sich für A, denn diejenigen, die es betreiben, kassieren dafür wieder hohe Boni. 95 Milliarden Dollar zahlen die größten US-Banken wieder an Gehältern. Die Deutsche Bank hat ihren Aktionären für nächstes Jahr einen Rekordgewinn von 10 Milliarden Euro in Aussicht gestellt.

Eigentlich hat B (wie Bundesregierung) das Geld nicht an A gegeben, damit B die Aktionäre noch reicher macht und wieder große Boni zahlt. Dieses Geld, das die Bürger dieses Landes irgendwann bezahlen müssen, sollte an den Maschinenbauer weiterleitet werden, damit Arbeitsplät-

ze erhalten kann. Da das Geld dort aber nicht ankommt, weil es nicht nach unten abfließt, muss B (wie Bundesregierung) noch weiter Schulden machen, um Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu bezahlen. Überdies muss B (wie Bundesregierung) noch weiteres Geld beschaffen, um Hoteliers und reiche Erben zu beschenken. Wenigstens von dort kommt ein kleiner Teil wieder zurück, nämlich in Form von Spenden in die Parteikasse der FDP. Auch benötigt B weitere Mittel, um notleidende Kommunen und Länder ruhigzustellen. Das Geld leiht sich B (wie Bundesregierung) wieder dort, wo es von B (wie Bundesregierung) hingeleitet wurde, nämlich von A, der dafür wiederum Zinsen kassiert. Haben wir das jetzt verstanden? Nein? Macht nichts! Die Mitglieder der Bundesregierung verstehen das offenbar auch nicht. Wenn Arbeitnehmer mit einem Bruttoeinkommen von höchstens 2.200 Euro (das sind rund 80 v.H. der Tarifbeschäftigten in der Polizei) ihre Familien ernähren und ihren Kindern eine Ausbildung ermöglichen müssen; wenn sie davon noch Sozialversicherungsbeiträge und Steuern bezahlen müssen; wenn sie in den letzten zehn Jahren Einkommensverluste von über zehn Prozent durch verschiedenste Sparmaßnahmen und Kürzungen hinnehmen mussten – dann könnten sie auf den Gedanken kommen, Lohn- und Gehaltserhöhungen zu fordern.

Das lehnt der Bundesinnenminister ab. Er nennt es „maßlos“. Das Geld könnte ja für Lebensmittel, Schuhe, Kleidung, Möbel und Autos „verschleudert“ werden, Betriebe über Wasser halten und Arbeitsplätze retten.



forum

Zu: Angemerkt: DGB im Verzug, DP 2/09

Offensichtlich ist der Begriff Solidarität bei einer Reihe von Funktionären des DGB bereits verloren gegangen oder zu einem Fremdwort verkommen, denn wie sonst soll man die Aussage unseres Vor-

sitzenden Konrad Freiberg auf der DGB-Bundesvorstandssitzung verstehen, die da lautet, dass es sehr schwierig war, die Senioren überhaupt in einem Eckpunktepapier zu erwähnen oder dass einige Gewerkschaften sogar der Auffassung sind, dass die Senioren nicht satzungsmäßig im DGB verankert werden dürfen.

Wenn dem so ist, muß ich mir als langjähriges Mitglied (gesamt über 50 Jahre) doch ernsthaft die Frage stellen, ob ich in

dieser Organisation, eine Säule davon ist ja auch die GdP, noch richtig verankert bin.

Wäre doch wohl nicht auszudenken, was passieren würde, wenn die rund 2,5 Millionen Seniorinnen und Senioren im DGB das Handtuch werfen würden, weil sie alle keinen Sinn mehr in dieser Mitgliedschaft sehen. So kann doch Solidarität wohl nicht verstanden werden.

Hermann Scheller, Langweid a. Lech



Kapitulation des Rechtsstaates nach den Vorfällen der genehmigten Demonstration „Anti-Islamisierungskongress“ in Köln am 19. und 20. September 2008

Sehr interessiert verfolge ich als Mitglied der GdP die täglichen Ereignisse, wobei ich es sehr begrüßen würde, wenn ich mich mit einem Beitrag, den Sie gerne veröffentlichen dürfen, zu Wort melden dürfte, wobei ich jedoch aus Angst vor Repressalien namentlich nicht genannt werden möchte.

Als kritischer Bürger habe ich die Vorfälle in Köln sehr genau beobachtet und bin entsetzt zu dem Schluss gekommen, dass die Polizei sich der Gewalt der Linksautonomen, die sich ähnlich wie die SA unter dem Hitlerregime aufgeführt haben, beugen musste und durch das plötzliche Verbot verhindert hat, dass Anti-Islamisierungsteilnehmer von ihrem Recht der Versammlungs- und Meinungsfreiheit keinen Gebrauch machen konnten.

Die Politiker und auch die Verantwortlichen des Polizeieinsatzes dürften sich vor Angst in die Hose gemacht haben und haben diesen erbärmlichen Weg gewählt.

Eine gefestigte und stabile Demokratie muss in der Lage sein, dieses Grundrecht durchzusetzen, notfalls auch mit Schlagstock oder anderen effizienten Mitteln.

Ich habe leider den Eindruck, dass die gesamte etablierte Politik in Deutschland oftmals ganz erbärmlich einknickt und zittert, sobald das Thema „Ausländer“ oder auch „Islam“ aufgetischt wird.

Doch wie sieht es denn aus in Deutschland?

Zahlen belegen doch schon heute, dass die Integration sehr vieler Moslems gescheitert ist und dass bereits Parallelgesellschaften entstanden sind, die sich abgeschottet und teils in Ghettos leben, wo sich kein einzelner Polizist mehr hineintraut.

Die Mega-Moschee wird viele der hier lebenden Moslems dahin gehend verändern, dass sie selbstbewusster werden und auch ein „mehr“ an Toleranz für ihre Religion, die ja bald Europa dominierend bestimmen wird, einfordern.

Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass der Islamisierungsprozess dank der liberalen deutschen Politik, der Toleranz und der starken moslemischen Bevölkerungsentwicklung schon lange schleichend voranschreitet und dass in ein paar Jahren „demokratische Halbmondparteien“ in den Parlamenten sitzen werden.

Der damalige Oberbürgermeister Schramma diesen Tag, den er als einen Sieg für diese Stadt, ihre Bürger und alle demokratischen Kräfte, bezeichnet, sieht er diese Vorgehensweise meines Erachtens als ängstlicher Opportunist durch die rosarote Brille, wodurch er dem Rechtsstaat – noch ist es ja einer, oder? – sicherlich keinen guten Dienst erwiesen hat!

Name ist der Redaktion bekannt

Zu: Auftritt Frank Richter Parteitag DIE LINKE NRW

Dank an Frank Richter für seinen unjubilanten Auftritt beim Parteitag der LINKEN NRW. Die GdP ist weitsichtig, indem sie die Beziehungen zu dieser Partei pflegt. DIE LINKE strebt eine funktionierende, gerechte Gesellschaft an, wo auch der Polizeiberuf mehr Freude macht.

Helmut Goldenstedt, Düsseldorf

Zu: Gedanken zum oder um den 1. Mai

Der 1. Mai hat es wieder gezeigt, die Berliner Polizei musste wieder ihre Knochen hinhalten für eine Völlig verfehlte Sicherheitspolitik des Berliner rot / roten Senats.

Dafür sind die Berliner Beamten in der Besoldungspolitik des Senats Schlusslicht gegenüber allen anderen Bundesländern. Im Vergleich zu

den Kolleginnen und Kollegen der Bundesländer haben sie bis zu 500 Euro weniger und das soll nach Auffassung des Partymeisters Wowereit (Reg. Bürgermeister) in den nächsten 200 Jahre auch so bleiben. Klasse wenn der Regierungschef des Berliner Senats solche Äußerungen vor großem Publikum von sich gibt. Daran kann man schon sehen, wie der Partymeister die Arbeit der Berliner Polizei einschätzt.

Und nun mussten die Beamtinnen und Beamten für die verfehlte Sicherheitspolitik am 1. Mai ihre Knochen hinhalten und dafür büßen. 478 verletzte Beamtinnen und Beamten, das sagt doch wohl alles. Hinzu kommt, dass die Planstellen der Berliner Polizei systematisch abgebaut wurden, die Aufgaben aber blieben die gleichen. Die Wasserwerfer blieben in der Garage trotz der schweren Zwischenfälle.

Weiß der Partymeister überhaupt, was Polizeidienst bedeutet und mit welchen

Gefahren er verbunden ist? Er soll sich doch mal vor Augen halten was die Berliner Polizei trotz Personalnot leistet und was ihre tägliche Aufgabe ist. Es fehlt doch an allem, was für die Sicherheit erforderlich ist. Bei der Personalknappheit fängt es an und geht über Ausstattung, alte Fahrzeuge und vieles mehr. Der Partymeister weiß doch überhaupt nicht, wie es bei „seinen Beamten“ der Exekutive aussieht. Man muß unsere Beamtinnen und Beamten in Berlin nur bewundern, dass sie ihren Polizeidienst trotz Frust so gut versehen.

Na Ja und über die Äußerungen des Innensenators zum Polizeieinsatz und einem Vergleich zu Vergewaltigungen kann man auch nur den Kopf schütteln, auch der Mann ist falsch auf dem Senatorenposten.

Dazu wünsche ich mir nur, es gebe viele Polizeiführer, wie den Direktionsleiter der Polizeidirektion 6. Er macht es vor, zum Führen gehört auch den Mund aufmachen und seine Meinung einbringen, so wie er es getan hat. Also nicht immer hinter den Kollegen stehen, sondern sich auch vor diese stellen. Die Zeit mit dem Anlegen der Hand an die Hosennaht und jawohl sagen ist vorbei. Also für alle Führungskräfte machen sie den Mund auf, wenn es um die Kolleginnen und Kollegen geht, die ihnen unterstellt sind. Ich weiß wovon ich spreche, denn ich war 36 Jahre Angehöriger dieser Berliner Polizei und habe als langjähriger Mitstreiter der GdP viele Bürgermeister und Innensenatoren kennen gelernt, aber so was habe ich von keinem Politiker erlebt. Berlin hat schon viele Regierende Bürgermeister und Innensenatoren von CDU und SPD gehabt, so was wie jetzt blieb der Berliner Polizei erspart.

Horst Geier, Peine

Fortsetzung auf Seite 37

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**



„Bundesweite Untersuchung zur Gewalt gegen Polizeibeamte dringend notwendig“

Die Zahl der Fälle von Widerstand gegen die Staatsgewalt hat in den vergangenen zehn Jahren nach offiziellen Angaben um rund 31 Prozent zugenommen – allein 2008 sind in Deutschland rund 28.000 Fälle registriert worden. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bildet aber nur die Spitze eines Eisberges ab. Im polizeilichen Alltag erleben Polizistinnen und Polizisten nicht nur eine Zunahme der Gewalt, sondern auch eine bisher nicht gekannte Brutalisierung. Gleichzeitig stellen die Kolleginnen und Kollegen fest, dass es im täglichen Dienst immer schwerer wird, ihren Auftrag zu erfüllen. Beleidigungen und Pöbeleien nehmen ebenso zu wie die Missachtung polizeilicher Anweisungen. In einigen Milieus wird ihr gesetzlicher Auftrag gänzlich in Frage gestellt: „Haut ab, wir regeln das hier unter uns.“

Für Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, geht mit Autoritätsverlust, Gewaltentwicklung und Brutalisierung, der poli-

tische und gesellschaftliche Grundkonsens über die Regeln eines friedlichen Zusammenlebens in der deutschen Gesellschaft und die Rolle derjenigen, die die

Einhaltung dieser Regeln überwachen und durchsetzen sollen, von Jahr zu Jahr mehr verloren.

Deutsche Polizei: Was macht es so schwer, diese bundesweite Entwicklung mit belastbaren Zahlen zu belegen?

Freiberg: Politik und Öffentlichkeit auf die Brisanz dieses Problems aufmerksam zu machen, ist nahezu unmöglich, wenn belastbare Zahlen fehlen. Die in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassten Deliktgruppen liefern nur ein unvollständiges Bild. Dazu kommen nach unserer Erfahrung noch die vielen Fälle, in denen Übergriffe auf unsere Kolleginnen und



Polizisten räumen in Hamburg eine brennende Barrikade. Mehrere tausend Menschen demonstrierten am 1. Mai 2008 in der Hansestadt gegen eine NPD-Kundgebung. Foto: Maurizio Gambarini / dpa



KRIMINALITÄT



Material für einen Mordversuch: Bei den Rostocker Krawallen vor dem G8-Gipfel 2007 führten Autonome Steinbrocken in Einkaufswagen mit sich und attackierten Einsatzkräfte damit aus kürzester Entfernung. Fotos: Diakon von Ehr (l.), Johannes Eisele (r.) dpa

der Autoritäts- und Respektverlust bereits gediehen ist, um klare Forderungen an die politisch Verantwortlichen zu stellen. Bisher schien das niemanden so richtig zu interessieren. Deshalb setzten wir uns seit Jahren dafür ein, dass die Studie „Gewalt gegen Polizei“ aus dem Jahr 2002, die von der GdP in Auftrag gegeben worden war, fortgesetzt und aktualisiert wird. Allein dieses Vorhaben führte zu Widerstand in der Politik; vielleicht weil es Verantwortungsträger in unserem Land gibt, die kein Interesse daran haben zu erfahren, wie ernst die Lage der Gewalt gegen die Polizei ist.“

Deutsche Polizei: Kurz vor der Herbstkonferenz der Innenminister- und Senatoren des Bundes und der Länder (IMK) wurde bekannt, dass die Länder Hamburg und Sachsen sich an der Studie nicht beteiligen werden. Danach stieg der Bundesinnenminister aus, weitere Länder folgten.

Kollegen entweder nicht angezeigt oder anderweitig statistisch z.B. bei Demonstrationen oder Fußballereinsätzen erfasst werden.“

Deutsche Polizei: „Der Deliktsschlüssel „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ verzeichnet einen Anstieg der Fallzahlen von 31 Prozent in den letzten zehn Jahren. Reicht das nicht, um das Ausmaß der Gewalt gegen die Polizei zu dokumentieren?“

Freiberg: Nein. Seit über zwei Jahrzehnten machen wir auf die wachsende Gewalttätigkeit unserer Gesellschaft aufmerksam. Seit über zwei Jahrzehnten sind wir in Sorge um Gesundheit und Leben unserer Kolleginnen und Kollegen. Zuletzt haben wir im Jahr 2002 eine viel beachtete Studie über die Gefahren des Polizeiberufes auf den Weg gebracht. Die Ergebnisse dieser Studie haben das von der Politik immer wieder vorgebrachte Argument des angeblich sicheren Arbeitsplatzes bei der Polizei als Lüge entlarvt. Seit Jahren prangern wir die Zunahme gewalttätiger Übergriffe auf die Polizei an. Angriffe von menschenverachtender Brutalität auf Leib und Leben in Großeinsätzen, Angriffe oft aus dem Nichts, Landfriedensbrüche, versuchte und vollendete Gefangenenerbefreiungen, Beleidigungen, Verunglimpfungen. Immer wieder wurden wir von den Medien nach belastbaren Statistiken befragt, die Politik war oft der Meinung, wir übertreiben.

Deutsche Polizei: Die Bilder, die nach jedem Wochenende über die Fernseh-



Zahlreiche Polizeibeamtinnen und -beamte wurden beim G8-Einsatz teils schwer verletzt. Kolleginnen und Kollegen sagten später: „Die wollten uns brennen sehen!“ Foto: Rehder/dpa

schirme gesendet werden, zum Beispiel nach gewalttätigen Auseinandersetzungen am Rande von Fußballspielen, sprechen doch für sich selbst.

Freiberg: Offenbar nicht. Sie zeigen auch nicht das gesamte Ausmaß. Viele Kolleginnen und Kollegen zeigen die Übergriffe, die sie im normalen alltäglichen Streifendienst erleben, gar nicht an, weil außer Papierkram doch nichts dabei herauskommt. Wir wollen aber wissen, wie weit

Freiberg: „Nachdem es der GdP nicht nur gelungen war, Politik und Öffentlichkeit für das Problem der Gewalt gegen Polizisten zu sensibilisieren, sondern auch noch den Boden für ein im Föderalismus schwer zu bewerkstellendes gemeinsames Polizeiprojekt zu bereiten, begann ausgerechnet die sich ebenfalls als Berufsvertretung bezeichnende DPoIG (Deutsche Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund) die Untersuchung zu torpedieren.“





**Berlin ist seit Jahren Schauplatz massiver Angriffe auf die Polizei; nicht nur am 1. Mai.
Foto: Holecek**

Deutsche Polizei: Dennoch wurde die Kritik vom Kriminologischen Forschungsinstitut ernst genommen, die insbesondere gegenüber einzelnen Fragen aus dem Bereich der „Bund-Länder-Studie“, also der quantitativen Studie, geäußert wurden. Warum wurden diese Fragen gestrichen?

Freiberg: „Zwar hatte die GdP keinen vertraglichen Einfluss auf die Gestaltung der Fragen aus diesem Teil der Studie, doch wir wollten die weltweit größte Untersuchung über Gewalt gegen Polizei, wir wollten sie rasch und wir wollten, dass sie von möglichst vielen Kolleginnen und Kollegen akzeptiert werden. Auf der Strecke geblieben sind nun die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen.“

Deutsche Polizei: Aus welchen Gründen?

Freiberg: „Einige Innenpolitiker wollen nicht wahrhaben, was im Lande geschieht. Welches Ausmaß der Zerfall unserer Gesellschaft hat und wo die Ursachen liegen. Ich bin auch sicher, dass sie die Konsequenz fürchten, mehr für die innere Sicherheit, für den Schutz der Kolleginnen und Kollegen, für die polizeiliche Präsenz und Ausstattung zu investieren. Die GdP hatte nämlich beim KFN eine qualitative Studie in Auftrag gegeben, die auf der Basis der „quantitativen Bund-Länder-Studie“ die 30 schwersten Gewaltvorfälle

mit einer Dienstunfähigkeit mindestens über sieben Tage, untersuchen soll. Wir wollten unter anderem wissen: Wodurch sind die schwersten Gewaltvorfälle gekennzeichnet? Aus welchen Situationen sind die Gewaltvorfälle entstanden? Wie ist der Genesungsprozess verlaufen? Was hat der Dienstherr zur Unterstützung unternommen?“

Deutsche Polizei: „Der niedersächsische Innenminister, der sich sehr für die Studie engagiert hat, zeigte sich ebenfalls enttäuscht über den Ausstieg einiger seiner Länderkollegen.“

Freiberg: Das kann ich nachvollziehen. Ich kann weder den Hamburger Innenminister Christoph Ahlhaus, noch Sachsens Innenminister Markus Ulbig verstehen. In Hamburg werden auf die Polizei unter Ahlhaus mittlerweile Mordanschläge verübt und auch in Sachsen machen rechte und linke Militante regelmäßig Jagd auf Polizisten. Vielleicht

wollen die Innenminister dieser beiden Länder die volle Wahrheit über das Ausmaß der Gewalt gegen die Polizei gar nicht wissen.“

Deutsche Polizei: Einige Innenminister haben angekündigt, in ihrem Land eigene Studien durchzuführen.

Freiberg: Wenn einzelne Bundesländer eigene Untersuchungen anstellen, kann dies im Einzelfall die Arbeit unserer GdP-Landesbezirke dort erleichtern. Aber leider wird die Frage, welche Ursachen und Auswirkungen die Gewaltentwicklung in unserer Gesellschaft hat, damit nicht beantwortet.

Deutsche Polizei: Der Hamburger Innensenator ist der Meinung, er brauche keine Studie, um von dem Ausmaß der Gewalt gegen die Polizei überzeugt zu werden.

Freiberg: Mal sehen, wie lange das hält. Ich schätze mal, bei den nächsten Haushaltsberatungen hat er das längst wieder vergessen.

Deutsche Polizei: Wie geht es weiter?

Freiberg: Wenn eine solche Studie scheitert, ist das ein großer Schaden für die Polizei. Wir brauchen eine solche Untersuchung, um unsere berechtigten Forderungen zum besseren Schutz unserer Kol-



**Verwüstungen am Rande einer NPD-Demonstration in Göttingen.
Foto: Jürgen Herdes**

leginnen und Kollegen stichhaltig zu begründen. Wir werden also nicht lockerlassen.



GdP fordert § 115 StGB gegen Übergriffe auf Polizisten

Von Sascha Braun, Justiziar des GdP-Bundesvorstandes

Vor vielen Jahren schützte die Uniform den Polizeibeamten, denn sie verlieh Autorität und stellte so klar, wer das Sagen hat, auf der Straße, in jedem Einsatz. Heute wird sie innerhalb der Polizei noch immer gerne getragen, aber sie ist zuneh-

zu Markte zu tragen. Der Uniform, und allem was dahinter steht – von Gewaltmonopol bis Schutz des Schwächeren – muss zu jeder Zeit Geltung verschafft werden.

Natürlich ist das „Spiel“ zwischen der

auch ein Ende finden muss, Festgenommene im Funkwagen zu verbleiben haben und die Polizei nicht hinterrücks angegriffen wird, so ist heute festzustellen, dass es diese ungeschriebenen Spielregeln nicht mehr zu geben scheint. Wie anders kann



Eskalation der Gewalt: Mit Pflastersteinen, Gehwegplatten, Flaschen und auch Brandsätzen attackierten linke Gewalttäter die im Berliner Bezirk Kreuzberg eingesetzten Polizeikräfte. Foto: Schlesinger/dpa



GdP-Gesetzesinitiative: Die Polizeiuniform wird zunehmend zum Gefahrenpunkt für ihren Träger; Angriffe aus dem Nichts heraus, nehmen dramatisch zu.

mend auch zu einem Gefahrenpunkt für die Gesundheit des Uniformträgers geworden. Es gibt zu viele Mitbürger, die den Menschen in Uniform provozieren und ständig herausfinden wollen, wer der Stärkere ist. Der Endpunkt vieler Provokationen ist die Attacke auf den Uniformträger. Kolleginnen und Kollegen, insbesondere in den Ballungsräumen, wissen ganz genau, dass der tägliche Einsatz, vor allem an den Wochenende, nahezu ständig davon geprägt ist, die eigene Haut

Polizei und dem polizeilichen Gegenüber uralte. Das „Spiel“ um die Frage, wie weit die Autorität der Polizei reicht und wie stark sie in Frage gestellt werden kann, bis es Konsequenzen gibt. Aber während es noch vor zehn Jahren kaum Angriffe aus dem Nichts gegen Polizeibeamte gab, so sind diese Übergriffe heute zur traurigen Realität des Berufsalltags geworden. Während vor Jahren im Kiez noch ungeschriebene Gesetze galten, die klar stellten, dass jede Rangelei mit der Polizei

jedenfalls erklärt werden, warum die Zahl der Widerstandsstraftaten kontinuierlich steigt, warum die Übergriffe auf Polizeibeamte immer häufiger und brutaler ausfallen oder warum die strafbewährte Gefangenenerlösen von Festgenommenen in manchen Stadtteilen der Großstädte beinahe Alltag sind? Der Schutz durch die Uniform, der durch den gesellschaftlichen Konsens über die Autorität der Polizei entstand, ist dahin. Heute gefährdet die Uniform ihren Träger, weil sie den



Polizeibeamten erkennbar macht und dem aggressiven polizeilichen Gegenüber die Möglichkeit zur Zielerkennung gibt.

Diese bedrohlichen Veränderungen im Berufsalltag vor allem der großstädtischen Polizeibeamten müssen erkannt, auf sie muss angemessen, aber wirkungsvoll reagiert werden. Deshalb hat der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in seiner Sitzung am 12. November 2009 beschlossen, die Schaffung einer neuen Strafrechtsnorm „§ 115 StGB – tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten“ zu fordern. Die GdP hat zugleich einen Formulierungsvorschlag für diesen neuen Straftatbestand in die politische Debatte eingebracht. Dabei ist sich der GdP-Bundesvorstand bewusst, dass allein ein Straftatbestand und damit eine Strafverschärfung keine gesellschaftliche Herausforderung vollumfänglich lösen kann. Aber der Gesetzgeber ist aufgefordert, alles zu unternehmen, was geeignet und umsetzbar ist, um Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte besser zu schützen. Und wenn wir fehlende Spielregeln beklagen, ist es nur folgerichtig, dass wir andere Spielregeln fordern.

Feindliche Motivation nicht strafrechtlich erfasst

Der heute existierende § 113 StGB – Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte – in derzeitiger Fassung knüpft die Strafbarkeit von Widerstandshandlungen an eine Vollstreckungssituation an, d.h. ohne Vollstreckung oder unmittelbar bevorstehende Vollstreckungshandlung keine Strafbarkeit. Unvermittelte Angriffe aus dem Nichts werden daher strafrechtlich von § 113 StGB nicht erfasst. Sie sind allenfalls als einfache oder gefährliche Körperverletzung strafbar. Der rechtspolitische Ansatz der GdP geht hingegen weiter. Mit einem § 115 StGB wird die feindliche Motivation des Straftäters, der gegen einen Vollstreckungsbeamten vorgeht, strafrechtlich miterfasst, weil allein der tätliche Angriff auch ohne Vollstreckungshandlung strafbar wird. Unter tätlichem Angriff ist nämlich eine unmittelbar auf den Körper zielende gewaltsame Einwirkung zu verstehen, die nicht zur Körperverletzung führen muss. Zur Tatbestandsverwirklichung reicht deshalb auch der gezielte Wurf mit einem Gegenstand aus, der z.B. nicht zu einem Treffer führt. Auch der zielverfehlende Wurf fällt daher als tätlicher Angriff unter die Strafbarkeit des § 115 StGB, wenngleich er mangels Verletzung keine Körperverletzung darstellt. § 115 StGB schützt also die

Der GdP-Vorschlag im Wortlaut

§ 115 StGB – tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten

(1) Wer einen Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr, der zur Vollstreckung von Gesetzen, Rechtsverordnungen, Urteilen, Gerichtsbeschlüssen oder Verfügungen berufen ist, während der Ausübung seines Dienstes oder in Beziehung auf seinen Dienst tätlich angreift, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn

1. der Täter eine Waffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug bei sich führt, um diese bei der Tat zu verwenden, oder

2. die Tat mit einem anderen Beteiligten gemeinschaftlich begeht, oder

3. der Täter durch eine Gewalttätigkeit den Angegriffenen in die Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung bringt.

körperliche Unversehrtheit der Kolleginnen und Kollegen besser als die klassischen Körperverletzungsdelikte, da die strafbare Handlung vorverlegt wird und nicht vom Ergebnis abhängt.

Andere, zur Zeit im politischen Raum diskutierte, Änderungsvorschläge reihen die strafbare Handlung des tätlichen Angriffs außerhalb von Vollstreckungshandlungen als einen Unterfall des Widerstands im Sinne des § 113 StGB ein. Dadurch wird aber der besondere Unwertgehalt des tätlichen Angriffs verwischt. Im Übrigen ist Widerstand an sich oftmals sprachlich durchaus positiv besetzt, Widerstand leisten gilt in besonderen Situationen auch als Tugend. Deshalb wird die Wirkung des strafbaren Widerstandes gegen Polizeibeamte oftmals, auf die leichte Schulter genommen. Die GdP will diesen Effekt beenden und setzt auf einen eigenen Paragraphen, der sich sprachlich als „tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten“ klar vom strafbaren Widerstand absetzt. Dem polizeilichen Gegenüber muss deutlich vermittelt werden, dass tätliche Angriffe auf Polizeibeamte nicht verharmlost werden.

Der GdP-Vorschlag zu § 115 StGB passt ins strafrechtliche System, denn das StGB kennt den gesetzlichen Schutz besonderer Berufsgruppen oder Rechtssubjekte, z. B. § 316a StGB – räuberischer Angriff auf einen Kraftfahrer. Es ist auch nicht hinnehmbar, einerseits die Tatsache der Amtsträgerschaft als Polizeibeamter im Rahmen der Amtsdelikte (Körperverletzung im Amt) als besonderen Strafschärfungsgrund gesetzlich zu erfassen, aber andererseits den besonderen strafrechtlichen Schutz für Vollstreckungsbeamte, der ja auch an die Amtsträgerschaft anknüpft, zu verweigern. Solange das Uniformtragen zu einem erhöhten Risiko führt, Opfer einer Straftat zu werden, solange ist es nicht nur gerechtfertigt, sondern vielmehr geboten, den Vollstreckungsbeamten besonders zu schützen.

Der Staat muss allen Mitbürgern, die meinen, für sie gäbe es keine Autorität und sie könnten alle gesellschaftlichen Grenzen ausloten und für sich selbst neu setzen, klar aufzeigen, dass der staatliche Ordnungsanspruch durchgesetzt wird. Ein neuer Straftatbestand § 115 StGB ist ein Baustein in dem Bemühen, der Gewalt gegen die Polizei entgegenzutreten. Jeder, der einen Polizisten tätlich angreift, muss dafür auch strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.



Auftakt Einkommensrunde 2010

Mit ihrer Forderung nach einem Gesamtvolumen von fünf Prozent mit einer sozialen Komponente und qualitativen Tarifverbesserungen für die ca. 1,4 Mio Tarifbeschäftigten bei Bund und Kommunen (inkl. der Beamten: über 2 Mio Beschäftigte) nahmen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am 13. Januar 2010 in Potsdam ihre Verhandlungen mit den Arbeitgebern von Bund und Kommunen auf. Auf Seiten der VKA führte der wiedergewählte Präsident der VKA, Thomas Böhle die Verhandlungen. Auf Seiten des Bundes ist Verhandlungsführer der neue Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière.

Verhandlungsführer auf Seiten der Gewerkschaften sind wie in den Jahren zuvor: Frank Bsirske (ver.di), Achim Meerkamp (ver.di), Ilse Schaad (GEW) und Frank Stöhr von der dbb tarifunion sowie Konrad Freiberg und Kerstin Philipp von der Gewerkschaft der Polizei.



Reges Medieninteresse: ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske (M.), GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg (l.) und Frank Stöhr (dbb tarifunion) nach der ersten Verhandlungsrunde mit den Arbeitgebern von Bund und Kommunen.
Foto: Holecek

In der ersten Verhandlungsrunde machten beide Seiten ihre Vorstellungen deutlich, die erwartungsgemäß weit ausein-

ander lagen. Nicht nur bei der linearen Erhöhung, sondern auch bei Fragen von Verlängerung der Altersteilzeitregelungen,



Als „maßlos“ bezeichnete der neue Verhandlungsführer des Bundes, Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, das Forderungspaket der Gewerkschaften. Foto: Kay Herschelmann

Leistungsbezahlung, der Laufzeit etc. Für die Steuergeschenke der Bundesregierung werden nach Auffassung der

Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Bürgerinnen und Bürger mit einem Verlust an innerer Sicherheit bezahlen. Nach

der Wirtschafts- und Finanzkrise drohe jetzt die Fiskalkrise. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Das von Bundesfinanzminister Dr. Schäuble angekündigte Milliarden-sparpaket ist nur die Spitze des Eisberges...“ Bereits jetzt arbeite die Polizei aufgrund des wachsenden Aufgabenberges am Limit. Freiberg: „Noch weniger Polizei in Zukunft wird zu einer ernsthaften Gefährdung des Schutzes der Bevölkerung vor Verbrechen führen. Eine weitere drastische Einschränkung staatlicher Leistungen führt zu einer Legitimationskrise des Staates.“

Wenn den Bürgern deutlich werde, so Freiberg, dass sie die Zeche für das unverantwortliche Verhalten der Finanzjongleure bezahlen müssen, werden sie mit Unverständnis und Zorn darauf antworten.

Die Verhandlungen werden am 31. Januar 2010 in Potsdam fortgesetzt (nach Redaktionsschluss). **kör**

„Unsere Forderung hat Augenmaß“

Interview mit Kerstin Philipp im GBV zuständig für Tarifpolitik

Am 13. Januar 2010 fand in Potsdam die Auftaktrunde statt. Gibt es etwas Neues oder alles wie gehabt zu Beginn der Verhandlungen?

Sowohl als auch. Zum einen haben wir mit Dr. de Maizière einen neuen Verhandlungsführer beim Bund. Da muss man mal sehen. Vorschusslorbeeren gibt es jedenfalls nicht. Auch ein neuer Bundesinnenminister wird am Verhandlungsergebnis gemessen werden. Zum anderen haben wir seit Jahren wieder eine Forderungsstruktur in der neben der linearen Erhöhung mit einer sozialen Komponente qualitative Tarifverbesserungen, wie Anpassungen im TVöD, die Altersteilzeit oder die Übernahme von Auszubildenden eine große Rolle spielen werden. Nicht geändert hat sich die Einstellung zu unseren Forderungen: Wir halten sie für durchdacht und wohl begründet, die Arbeitgeberseite hält sie für unangemessen und überzogen.

Alles nur Routine?

Absolut nicht. Dass, was beim Fußball gilt, gilt auch für die Tarifverhandlungen: Die nächste Runde wird schwieriger. Wirtschaftliche Daten, die Krise, andere Tarifbereiche, die Stimmungslage für oder gegen den öffentlichen Dienst, die Haushaltslage, alles spielt eine Rolle. Diesmal kommt wieder viel zusammen. Vor zwei

Jahren beim letzten Abschluss für Bund und Kommunen hatten wir nicht nur die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, sondern auch die Bevölkerung und die Medien hinter uns. Da hängt viel von der Stimmungslage ab.

Den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wird vorgeworfen, dass sie mit der Forderung nach fünf Prozent Gesamtvolumen in Zeiten der Krise jegliches Augenmaß verloren haben.

Ich glaube nicht, dass uns das Augenmaß verloren gegangen ist. Da sollte man doch eher bei den Beschlüssen der schwarz-gelben Regierung hingucken. Da kann ich nur meinen Kollegen Achim Meerkamp von ver.di Recht geben, der Anfang Januar dazu gesagt hat: „Wer in dieser Zeit Entlastungen über 24 Milliarden Euro beschließt, der darf sich nicht über eine solche Forderung wundern.“

Aber auch unabhängig davon, wir haben lange in der Großen Tarifkommission der Gewerkschaft der Polizei diskutiert und anschließend gemeinsam mit den anderen öD Gewerkschaften. Die Haltung ist eindeutig: Die Beschäftigten haben die Krise nicht verursacht und sie wollen sie auch nicht bezahlen. In den Tarifkommissionen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wurde sehr heftig disku-

tiert: Es wurden zum Teil Tabellenerhöhungen zwischen 3 und 7 % sowie Mindest-, Sockel- oder Festbeträge zwischen 100 und 200 Euro gefordert.

Unsere Forderung liegt also, was die Erwartungshaltung angeht, eher am unteren Rand.

Worin liegt der Schwerpunkt der Forderungen?

Sicher muss es eine lineare Erhöhung geben. Aber noch nie haben unserer Kolleginnen und Kollegen so eindeutig einen Ausgleich für steigende Sozialversicherungsbeiträge, z.B. den Krankenkassenbeiträgen, gefordert. Gerade bei der Gewerkschaft der Polizei gab es zwar immer wieder Forderungen nach sozialen Komponenten in Form von Sockel-, Mindest- oder Festbeträgen. Aber selten so einhellig wie 2010. Die Beschäftigten wollen wenigstens einen Ausgleich für das, was ihnen „cash“ weggenommen wird. Unsere tarifpolitischen Begründungselemente Preissteigerungsraten und Bruttoinlandsprodukt spielen für den Einzelnen kaum eine Rolle. Er sieht nur, dass ihm am Ende des Monats weniger bleibt. Ein Tarifergebnis mit einer Einmalzahlung, also einem Betrag der nur einmal gezahlt wird und nicht tabellenwirksam wird, würde unsere Leute nicht zufriedenstellen.

Genauso wichtig ist den Beschäftigten aber auch die verbindliche Übernahme von Auszubildenden und eine Verlängerung des Tarifvertrages zur Altersteilzeit sowie die Wiedereinführung der Aufstiegsregelungen, also die Rückkehr zu



TARIFPOLITIK

den Bewährungs-, Tätigkeits-, und Zeitaufstiege, wie wir sie noch aus dem BAT kennen.

Leistungsbezahlung und Bonusregelung werden immer wieder genannt. Haben sie eine Bedeutung für die Tarifrunde?

Auch die beiden Aspekte gehörten zur Diskussion: Aus den Tarifkommissionen kam teilweise die Empfehlung, den sog. Topf für das Leistungsentgelt nicht zu erhöhen oder ihn wieder in die Tabelle einzubauen. Auch die Frage einer Bonusregelung für die Gewerkschaftsmitglieder wurde diskutiert. Wir haben also viele Alternativen, die knapp fünf Milliarden Euro unter die Beschäftigten zu verteilen, die unsere Forderung von fünf Prozent Gesamtvolumen in etwa kosten würde.



Kerstin Philipp

Da machen die Arbeitgeber mit?

Das wäre das erste Mal. Ihre Vorstellungen sehen da anders aus. Dem Kommunen z.B. ist im Hinblick auf die Leistungsbezahlung genau das Gegenteil wichtig. Sie wollen eine Anhebung des Prozentsatzes (bisher 1 Prozent), um den „Leistungsträgern“ mehr zahlen zu können. Wir sehen darin immer noch nur

Nasenprämien und lehnen eine Erhöhung deshalb ab.

Es wird auf die anderen Tarifbereiche verwiesen, die nicht mehr Geld, sondern Beschäftigungssicherung für ihre Beschäftigten wollen.

Das hat dort auch seinen Grund und seine Berechtigung. Im öffentlichen Dienst nicht. Trotz zum Teil bescheidener Tarifabschlüsse in früheren Jahren zugunsten von Beschäftigungssicherung sind permanent Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut worden. Lohnzurückhaltung hat hier nichts gebracht. Das ist in anderen Branchen anders.

Und zur Durchsetzbarkeit der Forderung?

Das wirtschaftliche und steuerpolitische Umfeld und seine Auswirkungen auf die Durchsetzungsfähigkeit haben in der Diskussion um die Forderung eine große Rolle gespielt. Wirtschaftskrise und Steuersenkungen führen zu erheblichen Einnahmeausfällen der Gebietskörperschaften. Besonders betroffen sind die Kommunen. Dennoch können die öffentlichen Haushalte nicht durch Einkommensverzicht der Beschäftigten saniert werden. Sinkende Reallöhne würden die Binnenkonjunktur weiter schwächen. Mit der Forderung nach fünf Prozent Gesamtvolumen bzw. deren Umsetzung, kann einer weiteren Schwächung also vorgebeugt werden.

Das Gespräch führte GdP-Geschäftsführerin Alberdina Körner

Schwierige Verhandlungen um neue Entgeltordnung

Schwerpunkt der Sitzungen der Tarifkommission im öffentlichen Dienst im Dezember 2009 waren neben der Beschlussfassung über die Forderungen für die Tarifrunde 2010 mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) die Beratung über den Stand der Verhandlungen zu einer Entgeltordnung mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL).

Entsprechend der Tarifeinigung mit der TdL vom 1. März 2009 hatten seit Mitte September sechs Verhandlungsrunden über eine Entgeltordnung zum TV-L stattgefunden. Ziel war es, in einem ersten Schritt die Fallgruppen des Allgemeinen Teils der Anlage 1a zum BAT, die beste-

henden zusätzlichen Tätigkeitsmerkmale der Länder und die Eingruppierungsmerkmale der Arbeiterinnen und Arbeiter redaktionell zu bereinigen und sie zusammen mit den bisherigen bewährten Eingruppierungsgrundsätzen des BAT zu einer einheitlichen Entgeltordnung zum



TV-L zusammenzufassen. Danach sollte in einem zweiten Schritt versuchsweise als lediglich rechnerische Eingruppierungsgrundlage ein gesondert zu vereinbarendes inhaltlich neues Modell einer Entgeltordnung erprobt werden. Hintergrund dieser im Rahmen der Tarifrunde 2008/2009 mit der TdL getroffenen Vereinbarung ist der seit 2005 ergebnislose Versuch, mit dem Bund und der VKA eine neue Entgeltordnung zum TVöD zu vereinbaren. Wesentliche Ursache hierfür ist, dass sich Bund und VKA auf den Wortlaut von § 17 Abs. 5 des jeweiligen TVÜ berufen, wonach Bewährungs-, Fallgruppen- und Tätigkeitsaufstiege sowie Vergütungsgruppenzulagen ab 1.10.2005 für alle Neueingruppierungsfälle abgeschafft sind. Sie bestreiten, dass die Übereinkunft aus dem TVöD-Prozess, innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des neuen Tarifrechts eine Entgeltordnung zu vereinbaren, auch beinhaltet, hierbei über die Berücksichtigung der bisherigen Aufstiegs- und Zulagenregelungen zu entscheiden.

Mit der TdL ist hierzu festgestellt worden, dass aufgrund der Überleitungssystematik im Wesentlichen im Bereich der ehemaligen Angestellten bis einschließlich zur Vergütungsgruppe Vc BAT/BAT-O Klärungsbedarf besteht. Die bisherigen Angestellten im Bereich der Vergütungsgruppen Vb BAT/BAT-O und höher werden von vornherein der Aufstiegsgruppe entsprechenden Entgeltgruppe zugeordnet, die jeweiligen Aufstiegsketten der Arbeiterinnen und Arbeiter werden einheitlich einer Entgeltgruppe zugeordnet durch besondere Tabellenverläufe abgedeckt.

Im Bereich der Entgeltgruppen 2 bis 8 war die TdL nur bereit, die früheren zwei- und dreijährigen Aufstiege durch Direktzuordnung zu der höheren Entgeltgruppe zu berücksichtigen, was die Gewerkschaften als unzureichend bezeichnet haben. Die Arbeitgeber erklärten daraufhin ihre Absicht, die Berücksichtigung längerer Aufstiegszeiten sowie der so genannten Drittelaufstiege und die Frage der Vergütungsgruppenzulagen in einem Spitzengespräch auf Vorstandsebene bearbeiten zu wollen. Ohne eine vorherige Beratung und Entscheidung in den Tarifkommissionen machte es keinen Sinn, ein solches Spitzengespräch durchzuführen. Hinzu kam, dass die Gespräche mit dem Bund und der VKA mit dem Ziel, einen ähnlichen Weg wie im Bereich der Länder für die Entgeltordnung zum TVöD zu gehen, ergebnislos geblieben waren.

Die Tarifkommissionen haben sich ausführlich mit dem Stand der Verhandlungen mit der TdL und deren Auswirkungen

auf die Situation beim Bund und der VKA beschäftigt. Im Ergebnis sind sie den Empfehlungen der Verhandlungskommission Entgeltordnung gefolgt und haben festgestellt, dass der derzeitige Verhandlungsstand keine abschließende Entscheidung ermöglicht und dass die Verhandlungen daher unabhängig von der Forderung gegenüber dem Bund und der

VKA nach Wiedereinführung der Bewährungsaufstiege etc. und der Fallgruppenzulagen auch für alle Neueingruppierungsfälle fortgesetzt werden sollen, bis ein entscheidungsfähiger Stand erreicht ist.

Im Moment ist erst mal wieder alles auf Null gestellt.

kör

Forderungen Einkommensrunde 2010 mit Bund und VKA

Am 10./11. Dezember 2009 tagte die Große Tarifkommission der GdP, um Forderungen zur Tarifrunde 2010 mit Bund und VKA zu beschließen. Diese flossen nach eingehender Diskussion der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (ver.di, GEW, GdP und dbb tarifunion) am 15. Dezember in die gemeinsame Forderung mit ein:

1. Erhöhung der Entgelte in einem Gesamtvolumen von 5 %. Neben einer linearen Erhöhung müssen darin enthalten sein:
 - eine soziale Komponente
 - Fortführung der Altersteilzeit
 - für Beschäftigte (auch für die, die nach dem 1.10.2005 eingestellt wurden) sind die Bewährungs-, Fallgruppen- und Zeitaufstiege der Anlage 1a zum BAT

so lange wieder in Kraft zu setzen, bis eine neue Entgeltordnung vereinbart ist – dies gilt auch für die Vergütungsgruppenzulagen

- Übernahme Auszubildende
 - weitere Angleichung Ost an West
2. Laufzeit zwölf Monate
 3. Übernahme des Volumens auf den Beamtenbereich des Bundes

Dabei spielte neben der Diskussion um Differenzierungsklauseln (Boni für Gewerkschaftsmitglieder) u. a. die soziale Komponente eine wichtige Rolle: sie muss nachhaltig, also tabellenwirksam sein.

Es sind drei Verhandlungsrunden vorgesehen. Die erste fand am 13./14. Januar 2010 in Potsdam statt.

kör



Engagierte Debatte: Die Große Tarifkommission der GdP beschloss ihre Tarif-Forderungen für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen.

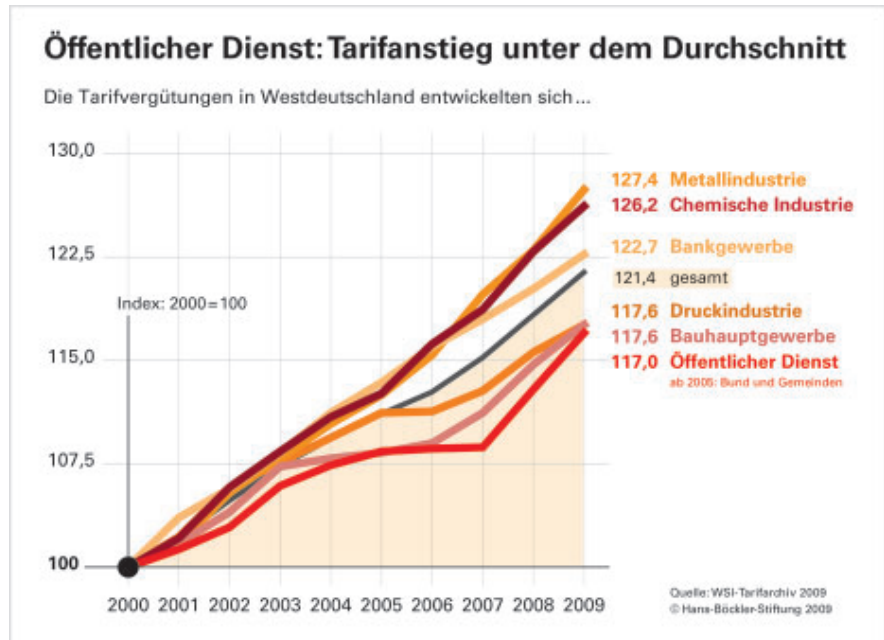
Foto: Tetzner



Öffentlicher Dienst: Unterdurchschnittlicher Anstieg der Tarifverdienste

Die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich langsamer verlaufen als in den meisten anderen Branchen. Dies geht aus einer Analyse des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung hervor.

Seit dem Jahr 2000 sind die Tarifvergütungen im öffentlichen Dienst in den alten Bundesländern nominal um 17 Prozent gestiegen, in der Gesamtwirtschaft dagegen um 21,4 Prozent und in einzelnen Branchen der Privatwirtschaft um bis zu 27,4 Prozent (Metallindustrie). Die etwas stärkeren Tarifsteigerungen der Jahre 2007 bis 2009 haben den Rückstand des öffentlichen Dienstes nicht wettmachen können. Die Berechnungen basieren auf dem jährlichen Anstieg der Tarifverdienste einschließlich Pauschal- und Einmalzahlungen.



EHRUNG

Hans-Böckler-Medaille für Rolf Thiel

Auf Vorschlag der Gewerkschaft der Polizei hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) dem Kollegen Rolf Thiel, Landesbezirk Hamburg, die Hans-Böckler-Medaille verliehen. Sie ist die höchste Auszeichnung, die der DGB und die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften zu vergeben haben und wurde nach seinem ersten Vorsitzenden benannt. Mit der Hans-Böckler-Medaille werden besondere Verdienste im gewerkschaftspolitischen Leben, insbesondere ein herausragendes ehrenamtliches Engagement für den DGB und in den in ihm zusammengeschlossenen Gewerkschaften gewürdigt.

Die Medaille wurde dem Kollegen Thiel durch den Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg am 10. Dezember 2009 in Berlin anlässlich einer GTK-Sitzung mit

Sichtlich gerührt: Der Hamburger Rolf Thiel nimmt seine Auszeichnung aus der Hand des Hamburgers Konrad Freiberg entgegen.

Foto: Tetzner



einem besonderen Dank für seine jahrzehntelange gewerkschaftliche Arbeit für die Gewerkschaft der Polizei im Landesbezirk und Bundesvorstand überreicht.

Der 1943 geborene Rolf Thiel hat sich durch sein Wirken besonders um die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaft verdient gemacht.

Seine besonderen Verdienste im gewerkschaftspolitischen Leben, insbesondere sein ehrenamtliches Engagement in den DGB-Gewerkschaften, liegen in der langjährigen gewerkschaftlichen und personalrätlichen Tätigkeit.

Bereits im Jahre 1965 nahm er seine gewerkschaftliche Betätigung auf und trat der ÖTV bei. Seit 1978 ist er Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei, für die er unter anderem langjährig als Vertrauensmann tätig war.

Herzstück des gewerkschaftlichen Wirkens Rolf Thiels sind seit 1980 die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, insbesondere im Bereich Arbeitsrecht und die Tarifpolitik, die er über den Zeitpunkt seiner Pensionierung hinaus bis zum heutigen Tag betreibt. Bei dieser Aufgabe kommen ihm insbesondere seine hohe Flexibilität und die Gabe, andere zu motivieren, zu Gute.

Eine positive Grundhaltung sowie seine starke Durchsetzungskraft stellte Rolf Thiel insbesondere im Streik des öffentlichen Dienstes in den Jahren 1992 und 2006 unter Beweis. Er war mit der Streikleitung betraut und stets mit unermüdlichem Einsatz und Willen daran interessiert, für den Tarifbereich Verbesserungen zu erreichen und die soziale Absicherung der Beschäftigten nachhaltig zu gewährleisten.

Über den Bereich des GdP-Landesbezirks Hamburg hinaus hat sich Rolf Thiel auch im Bereich der GdP auf Bundesebene außerordentlich verdient gemacht.

Von 1982 bis zum Jahre 1990 war Rolf Thiel Mitglied im Gewerkschaftsausschuss und in den Jahren 1995 bis 2006 Mitglied des Gewerkschaftsbeirates. Seit 1988 ist er Mitglied der Großen Tarifkommission auf Bundesebene.

Seit 1990 ist er als ehrenamtlicher Richter beim Arbeitsgericht Hamburg tätig und in den Jahren 1994 bis 1998 ebenfalls beim Verwaltungsgericht in der Fachkammer für Personalvertretungssachen.

Wir danken Rolf für seinen langjährigen, tatkräftigen und unermüdlichen Einsatz und wünschen ihm für seine Zukunft alles Gute.

kör

Die Sensibilität gegenüber der Terrorgefahr ist verloren gegangen

Noch am Tag vor Heiligabend 2009 hatte BKA-Präsident Ziercke gegenüber einem Nachrichtenmagazin betont, was er seit Jahren gebetsmühlenartig wiederholt: „Wir können keine Entwarnung geben. Die Terrorgefahr ist unverändert hoch.“ Drei Tage später besteigt ein 23jähriger Nigerianer eine KLM-Maschine in der nigerianischen Stadt Lagos mit Ziel Amsterdam und fliegt von dort mit einem Airbus nach Detroit weiter. Am Körper trägt er die doppelte Menge eines Explosivstoffes, mit dem auch der so genannte „Schuhbomber“ Richard Reid, fast auf den Tag genau acht Jahre vorher für einen Anschlag auf ein American-Airlines-Flugzeug mit 200 Passagieren benutzen wollte.

Der Sprengstoff Nitropenta (PETN), den der Nigerianer Umar Faruk Abdulmutallab vor der Landung in Detroit zündet, hätte ein Loch in das Flugzeug gerissen und mit 300 Menschen zum Absturz bringen können. Sei es, weil der Zünder versagte, sei es durch das mutige Eingreifen von Crew und Passagieren, Northwest-Airlines-Flug 253 entgeht nur knapp einer Katastrophe. Es dauerte nicht lange, bis sich die islamistische Terrororganisation Al-Qaida zu dem Anschlagversuch bekennt. Abdulmutallab erklärt

bereits unmittelbar nach der Tat, er habe im Auftrag der Qaida gehandelt. Ihre jemenitische „Filiale“ lässt in einem Bekennerschreiben wissen: „Mit der Erlaubnis Gottes hat der heldenhafte Bruder, der Mudschahid, der das Märtyrertum anstrebende Umar Faruk eine einzigartige Operation gegen ein Flugzeug durchgeführt, das auf dem Weg von Amsterdam nach Detroit in den USA unterwegs war, und zwar an „Christmas“.

Mit dem geplanten Attentat, das das Weihnachtsfest des Jahres 2009 überschat-



Cartoon: Uwe Langnickel





Neuralgischer Punkt in der Terrorbekämpfung sind die Sicherheitskontrollen an den Flughäfen. Kostendruck, Zeitdruck und die Ungeduld der Millionen Passagiere täglich bergen die Gefahr für Schwachstellen.

Foto: Alexis C. Glenn/dpa

tet hätte, gerät die Terrorismusbekämpfung auch in Deutschland wieder in den Blickpunkt des Interesses. „Höchste Zeit“, meint Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Auch in Deutschland ist die Sensibilität in Politik und Öffentlichkeit gegenüber der Terrorgefahr verloren gegangen. Die Polizei kämpft mittlerweile einen einsamen Kampf um ausreichende Ressourcen, um auch künftig geplante Anschläge erfolgreich zu verhindern.“ Es sei ein Irrglaube, so Freiberg, dass Deutschland bisher vom Terrorismus verschont geblieben ist. Zwar hat es glücklicherweise keine Toten und Verletzten gegeben, aber allein im

vergangenen Jahr gab es rund 270 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit islamistischen Terrorismus.

Nur mit äußerster Kraftanstrengung gelänge es den Sicherheitsbehörden, den immensen Personaleinsatz bei der Aufklärung und Beobachtung terroristischer Zellen und so genannter „Gefährder“ aufrecht zu erhalten.

Freiberg: „Die Defizite in der Terrorbekämpfung sind seit langem bekannt. Was Personal und Technik betrifft, sind wir absolut am Limit. Wenn jetzt wieder mehr Polizei an Flughäfen eingesetzt wird, um die Fluggäste zu beruhigen, ist das reine Kosmetik. Die Kolleginnen und Kollegen

werden an anderen Stellen einfach abgezogen, wo sie aber genau so dringend gebraucht werden.“

Freiberg verwies darauf, dass in den letzten sieben Jahren rund 10.000 Stellen bei der Polizei abgebaut worden seien, weitere drastische Kürzungen seien geplant. Freiberg: „Das ist die ungeschminkte Wahrheit über die Lage der inneren Sicherheit in Deutschland.“

In Deutschland sind nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden 75 islamistische Extremisten auf freiem Fuß, die eine Ausbildung in einem Terrorcamp absolviert haben. „Diese Personen bereiten uns große Sorgen und stehen dementsprechend im besonderen Fokus der Sicherheitsbehörden“, sagt BKA-Präsident

Ziercke, einer Nachrichtenagentur kurz vor Weihnachten. Nach seinen Worten sieht das BKA auch nach der Bundestagswahl und der Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr eine unverändert hohe Terrorgefahr in Deutschland.

Man sei hochaufmerksam, wenn junge Leute in Terrorlager vor allem nach Pakistan reisten und nach Deutschland zurückkehrten, so Ziercke. Demnach sollen 185 Personen in den vergangenen zehn Jahren eine paramilitärische Ausbildung erhalten haben. „Bei 65 wissen wir es definitiv.“ Von den 185, die eine Ausbildung erhalten haben sollen, kehrten 90 nach Deutschland zurück. 15 von ihnen sind in Haft. Die 75 verbleibenden Extremisten stehen unter besonderer Beobachtung der Sicherheitsbehörden. So wurden vor der Bundestagswahl bei gefährlich eingestuften Personen täglich der Aufenthaltsort ermittelt. Außerdem gab es laut Ziercke Durchsuchungen und Festnahmen. „Unsere Maßnahmen haben zu beabsichtigten Irritationen in der Szene gesorgt und vielleicht dazu beigetragen, dass bislang nichts passiert ist. Die Sicherheitsbehörden haben alles getan, damit die Terroristen ihr Ziel, Furcht und Schrecken in Bevölkerung zu verbreiten, nicht erreichen.“ Es gebe zwar keine konkreten Hinweise auf Anschläge in Deutschland, so Ziercke, man müsse aber angesichts der weltweiten Bedrohungslage wachsam bleiben und darauf achten, Sicherheitsmaßnahmen auf einem hohen Standard aufrechterhalten.

Unterdessen warnte die GdP davor, in Körperscannern das Allheilmittel für sicheres Fliegen zu sehen. Vor allem ins Personal muss man nach Ansicht der GdP investieren. Gegenüber der ARD sagte GdP-Vorsitzender Freiberg, dass die Personenkontrollen „löchrig“ seien. „Hier muss sich vieles tun. Man hat hier Personal immer mehr mit Dumpinglöhnen versehen. Hier muss sich auch in der Qualität und im Umfang etwas verändern.“

Er berief sich auf Realtests, bei denen zivile Polizisten mit Waffen oder Waffenteilen oder verbotenen Gegenständen durch die Kontrollen gegangen seien. „Wir mussten feststellen, dass eine hohe Fehlerquote vorhanden ist“, sagte er.

Zudem sei bessere Voraufklärung nötig. Bei der Polizei brauche man Personal für die Observation der Gefährder. „Und wir brauchen eine bessere Vernetzung der Informationen, was ja in Detroit offenbar wurde.“ Für die Einführung von Scannern zeigte sich Freiberg grundsätzlich offen. Die Geräte seien mittlerweile technisch weiterentwickelt worden und im Gegensatz zu den ersten „Nacktschanner-Modellen“ akzeptabel. hol

Sprengstoffanschläge auf den Luftverkehr – Neuer „modus operandi“ des Dihadterrorismus

Zum Jahreswechsel 2009/2010 scheint die Luftsicherheit durch den internationalen Dihadterrorismus wieder extrem bedroht. Bilder eines kollektiven Schlüsselerlebnisses wurden wieder lebendig. Am 11. September 2001 verübten militante arabische Islamisten den größten Selbstmordanschlag in den USA, in dem sie zu Lenkwaffen umfunktionierte Passagierflugzeuge in das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington flogen. Diese „Märtyrer-Operation“ kostete über 3.200 Menschen das Leben, darunter die 265 Insassen der Flugzeuge.

Nur 14 Monate nach diesem 9/11-Anschlägen setzten „Gotteskrieger“ erstmals Flugabwehrraketen gegen die zivile Luft-

der Boeing 767 befanden sich 185 Passagiere und 12 Besatzungsmitglieder. Der Kleinkriminelle, der im Gefängnis zum



Beherzte Passagiere überwältigten rechtzeitig den Attentäter, hier bei seiner Festnahme in Detroit. Foto: CNN/dpa

fahrt ein. Dihadisten in Kenia hatten in der Nähe des Flughafens von Mombasa am 28. November 2002 einen Jeep mit zwei russischen Boden-Luft-Raketen vom Typ SAM-7 Strela in Stellung gebracht. Ziel der Abwehrraketen war die mit 261 Passagieren besetzte Boeing 757 der israelischen Fluggesellschaft Arkia. Kurz nach dem Start feuerten die Attentäter die Raketen aus geringer Distanz ab – glücklicherweise zu früh. Nur vier Wochen später versuchte am 22. Dezember 2002 an Bord eines American-Airline-Fluges von Paris nach Miami der 28jährige Brite Richard Reid einen in seinem Schuh versteckten Sprengsatz zu zünden. An Bord

Islam konvertierte und sich nach seiner Konversion Abdel Rahin nannte, konnte durch beherztes Eingreifen von Passagieren und Crewmitgliedern an seinem Vorhaben gehindert werden.

Reanimation des Schreckens

Sieben Jahre später versuchte fast auf den Tag genau der 23jährige Nigerianer Umar Farouk Abdulmutallab am 25. Dezember 2009 an Bord des Fluges 253 von Amsterdam nach Detroit einen an seinem Bein festgeklebten Sprengsatz zu zünden. Der Airbus von Delta-Northwest Airlines



war mit 289 Menschen besetzt. Der im Auftrag der al-Qaida im Jemen handelnde Student der Ingenieurwissenschaften des University College in London wurde

Menschen unter der Kleidung tragen. Was aber, wenn der Sprengsatz nicht auf der Haut getragen wird? Wenn Dihadterroristen einen neuen „modus operandi“ entwickeln? In Anlehnung an das Erfahrungswissen der Rauschgiftsmuggler den Körper selbst als Versteck benutzen?

se per codierter SMS den Sprengsatz, dessen Zünder sich offenbar im Darm des Attentäters befand. Der Sprengsatz detonierte direkt neben dem Politiker, der nur leicht an der Hand verletzt wurde. Assiri hatte die Bombe wahrscheinlich im Körper, rektal eingeführt. Dementsprechend entlud sich die Wucht der Explosion nach unten und zerriss den „Zäpfchen-Bomber“ in zwei Teile, der nach amerikanischen Geheimdienstinformationen von dem selben Bombenmacher präpariert worden sein soll, von dem auch der verhinderte „Unterhosen-Attentäter“ des Anschlags Weihnachten 2009 den Sprengstoff erhalten haben soll. Während al-Qaida den „Märtyrer“ in einem Propagandavideo als Helden feierte, waren Sicherheitskräfte und Öffentlichkeit Saudi-Arabiens geschockt. Der Mensch als

Innovation des Schreckens

Am 24. August 2004 verschwanden fast zeitgleich zwei Maschinen vom Radarschirm, die von Moskau nach Wolgograd und Sochi gestartet waren. Beide Flugzeuge, die Maschine der Wolga-Awia-Express mit 43 Passagieren und die der Sibir Airlines mit 46 Passagieren, waren in der Luft explodiert. Zwei junge „schwarze Witwen“ aus Tschetschenien hatten ihre Märtyrereinsätze synchronisiert und fast zeitgleich die am Körper versteckten Sprengsätze (Explosivstoff Hexogen) gezündet. Die russische Wirtschaftszeitung „Kommersant“ spekulierte seinerzeit, dass die nordkaukasischen Attentäterinnen die Sprengsätze auch im Körper deponiert haben könnten.

Fünf Jahre später versuchte fast auf den Tag genau am 27. August 2009 im saudiarabischen Dschidda ein Selbstmordattentäter Prinz Mohammed bin Nayef, den Vizeinnenminister des Landes zu töten. Aus dem Jemen kommend hatte der Dihadterrorist Abdullah Hassan al-Assiri mehrere Sicherheitschecks an Flughäfen und auch im Palast quasi unbehelligt passiert, obwohl er eine aus einem halben Kilo Sprengstoff bestehende Bombe bei sich trug. Unter der Vorspiegelung, ein „reuiger“ Dihadist zu sein, hatte der al-Qaida-Terrorist Kontakt mit bin Nayef aufgenommen. Der Prinz war nicht nur Chef der Anti-Terror-Operationen im saudischen Königreich, er war auch Leiter des „Integrationsprogramms für reuige Dihadisten“. Vor diesem Hintergrund gelang Assiri bis in das Büro des Prinzen, trotz höchster Sicherheitsvorkehrungen in dessen Privatpalast. Hier soll er dem Prinzen angeboten haben, Kontakte zu weiteren „ausstiegswilligen“ al-Qaida-Kämpfern über sein Mobiltelefon herzustellen. Nach der Kontaktaufnahme soll er sein Handy an den Prinzen weitergereicht haben, damit dieser den „Reuigen“ persönlich Straffreiheit zusichern konnte. Just in diesem Augenblick detonierte die Bombe. Nach Angaben der saudischen Zeitung „Okaz“ war das Handy Assiris wohl mit zwei Sim-Karten ausgestattet. Eine diente der Kommunikation mit seinem angeblich reuigen Qaida-Mitkämpfern im Jemen, mit der anderen zündeten eben die-



Das Bekennerschreiben der al-Qaida im Internet. Foto: dpa

von einem niederländischen Passagier vor der Tausausführung überwältigt.

Der vereitelte Anschlag am ersten Weihnachtsfeiertag führte zu erneuten Verschärfungen bei den Passagierkontrollen. Auch die Einführung von Ganzkörperscannern („Nacktscannern“) steht auf der sicherheitspolitischen Tagesordnung der Europäischen Union und darüber hinaus. Trugen doch der nigerianische „Glaubenskämpfer“ aber auch der britische „Märtyrer-Konvertit“ den Sprengstoff am Körper. Beide Attentäter verwendeten als Explosivstoff einen Bestandteil des Plastiksprengstoffes Semtex mit dem Kürzel PETN. In beiden Fällen hätte ein „Nacktscanner“ die Gefahr sichtbar machen können. Dennoch bleibt es fraglich, ob selbst die neue Körperscanner-Generation (kein „lebensnahes Nacktbild“, damit bleibt die Würde des Flugpassagiers gewahrt) der Massenabfertigung auf den großen Airports dieser Welt gerecht werden kann. Schon im Jahr 2008 lagen die durchschnittlichen Passagierzahlen in London-Heathrow bei über 180.000, in Frankfurt/Main bei fast 150.000 und New York – John F. Kennedy bei über 130.000 – pro Tag!

Und es bleibt der Umstand, dass Körperscanner nur sichtbar machen, was

schwer bis nicht zu detektierende Bombe, die am Ziel per Fernzündung zur Detonation gebracht wird. Kein Wunder, dass dieser Fall von Dschidda nicht nur die geheimen Nachrichtendienste alarmierte. Er ist ein Albtraum nicht nur für gefährdete Personen, sondern auch für die Sicherheit unserer Verkehrswege schlechthin, insbesondere für die des Flugverkehrs. Herkömmliche Sicherheitssysteme zum Aufspüren von Bomben reichen für diesen neuen „modus operandi“ des Djihahterrorismus nicht aus; und ob grundsätzliche Überwachungslücken im

Sicherheitssystem mit technischen Fortschritt geschlossen werden können, ist und bleibt die wohl sicherheitsrelevanteste Frage.

Antworten auf diese Frage hofft man zur Zeit in Israel zu finden, wo der Schwerpunkt bei der „Scannung gefährlicher Menschen“ durch ausgefeilte Profiling- und andere Fluggastkontrollen, und erst in zweiter Linie die „Scannung gefährlicher Gegenstände“ durch modernste Technologie seit langer Zeit erfolgreich betrieben wird.

Berndt Georg Thamm

Ganzkörperscanner („Nacktscanner“)

In der Sicherheitstechnik sind scanner (engl. Scan = abtasten, absuchen) Geräte, die berührungslos nach versteckten Objekten suchen. Ganzkörperscanner nutzen Terahertzwellen (Tera = Billion Hertz), die eine Sonderform der Wärmestrahlung und mit bloßem Auge unsichtbar sind. Terahertzstrahlung kann Kleidung gut passieren und liefert sekundenschnell ein genaues Abbild des Körpers der Person. Terahertzstrahlung hat eine unterschiedliche Zusammensetzung der Wellenlängen. Je nachdem, ob sie vom menschlichen Körper, einem Keramikmesser oder Plastiksprengstoff ausgesendet wird. Um gefährlichen Gegenstände sichtbar zu machen, kommen zwei Verfahren in Frage. 1. „Passive“ Terahertz-Scanner: erfassen die Strahlung, die der Körper ohnehin laufend aussendet. Auf dem entstehenden Wärmebild treten Fremdkörper als Kontrast klar hervor. Ach wenn jeder Gegenstand Terahertzstrahlen aussendet, ist es mit einem passiven Verfahren enorm schwierig, die feinen Unterschiede zu detektieren. Die Technologie ist noch im Versuchsstadium. 2. „Aktive“ Terahertz-Scanner (auch „Millimeterwellen-Scanner“ genannt): bei diesem Verfahren werden zudem vom Gerät aus Terahertz-

strahlen zu den Untersuchungsobjekten geschickt. Es wird der Umstand genutzt, dass Körper, Textilien oder Metalle Hochfrequenz-Strahlung auf verschie-

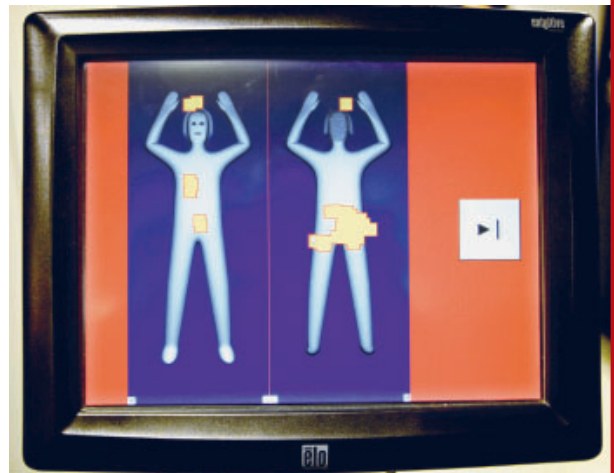


Foto: dpa

dene Wellen reflektieren. Erzielt wird dementsprechend eine höhere Bildqualität. Ein der Würde des Gescannten nicht entsprechendes „lebensnahes Nacktbild“ ließe sich ohne großen Aufwand per Computer so verfremden, dass sicherheitsrelevante Details erhalten bleiben, während individuelle körperliche Merkmale der gescannten Person verschwinden. Terahertzstrahlen unterscheiden sich deutlich von Röntgenstrahlen. Scanner mit Röntgentechnologie liefern zwar ähnlich präzise Bilder, gelten aber als gesundheitsbedenklich, auch wenn die Strahlenbelastung kleiner ist als beim medizinischen Röntgen.



Der Terrorismus ändert seine Taktik

Interview des GdP-Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg mit dem Chefkorrespondenten der Nachrichtenagentur ddpd, Jörg Säuberlich, zum Jahreswechsel.

Säuberlich: Hat sich die Sicherheitslage in Deutschland im Jahr 2009 eher verbessert oder verschlechtert – vor allem mit Blick auf die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus? Ist das Ausbleiben von Anschlägen etwa beim Münchner Oktoberfest ein Grund zur Entwarnung?

Freiberg: Dass Deutschland bisher von Anschlägen verschont geblieben ist, verdanken wir in erster Linie dem hohen Fahndungsdruck der Sicherheitsbehörden. Sie konnten zwei in der Planung sehr weit fortgeschrittene Anschläge verhindern. Hätten die „Koffer-Bomber“ und die „Sauerland-Terroristen“ Erfolg gehabt, wären viele Todesopfer zu beklagen gewesen. Grund zur Entwarnung gibt es keinesfalls. In Deutschland leben rund 80 Personen mit eindeutigem terroristischem Hintergrund. Weitere Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, also uneingeschränkter Einreisemöglichkeit, lassen sich in Terror-Camps ausbilden und senden ihre Grußbotschaften via Internet. Das Ausbleiben von Anschlägen kann viele Gründe haben. Der wichtigste Grund mag sein, dass für Terrorzellen das Risiko in Deutschland durch die Maßnahmen der Polizei zu hoch ist. Terroristen sind, wie alle Kriminellen, meist nicht so mutig und risikobereit, wie es den Anschein hat.

Säuberlich: Welche Forderungen haben Sie in diesem Zusammenhang an die neue Bundesregierung?



GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg war stark nachgefragter Interviewpartner nach dem missglückten Attentatsversuch. Hier mit Thomas Kunze von dpa.

Foto: GdP

Freiberg: Wenn eine Ampel der Grund ist, dass an einer Kreuzung keine schweren Unfälle passiert sind, käme keiner auf die Idee, die Ampel abzubauen. Die Bundesregierung ist unter dem Einfluss der FDP in Gefahr, genau diesen Fehler zu machen. Wenn die Sicherheitsgesetze zurückgenommen oder verwässert werden, bietet sich die Gelegenheit für Terroristen, zuzuschlagen. Kein Mensch sollte glauben, der islamistische Terrorismus sei weniger gefährlich geworden oder verschone die Deutschen, weil sie ihm so sympathisch sind. Er ändert nur seine Taktik. Das be-

kommen zurzeit unsere in Afghanistan eingesetzten Bundeswehrsoldaten und Polizisten bitter zu spüren.

Säuberlich: Wie bewerten Sie die Gefahr beim so genannten Homegrown-Terrorismus? Nimmt die Radikalisierung bei Muslimen in Deutschland nach Ihrer Einschätzung zu?

Freiberg: Das ist schwer einzuschätzen. Auf jeden Fall nimmt die Islamisierung deutlich zu. Es ist für mich ein Phänomen, dass gerade junge Menschen aus Einwandererfamilien, zunehmend auch Mäd-

TERRORISMUS

chen, die hier geboren und aufgewachsen sind, sich eindeutiger dem Islam zuwenden. Vielleicht geschieht das aus dem Gefühl heraus, bei allen Anstrengungen doch nicht in diese Gesellschaft aufgenommen zu werden. Vielleicht ist es der Wunsch, etwas Eigenes zu haben und sich von denen deutlicher abgrenzen zu können, die ihnen die Akzeptanz verweigern. Vielleicht ist es auch die Sehnsucht nach einer Ordnung und nach festen Regeln, die sich in unserer deutschen Gesellschaft immer mehr in Auflösung befinden. Ob das in eine Radikalisierung umschlägt hängt davon ab, ob sich die Integrationsdefizite noch vergrößern. Unsere Gesellschaft spaltet sich sozial immer mehr und je größer die Spaltung wird, umso größer ist die Gefahr der Radikalisierung einzelner Gruppen. Selbst radikale Muslime sind aber immer noch keine Terroristen. Und beim Terrorismus spielt die Zahl der Terroristen keine Rolle, sondern deren Fanatismus. Es genügen wenige, um das gesellschaftliche Zusammenleben zu gefährden.

können, wäre eine Chance. Es handelt sich dabei wahrlich um eine schwierige, langwierige Aufgabe. Dies alles muss natürlich unter dem Dach unserer Verfassung, unserer Rechtsordnung geschehen.



Verstärkt wurden die Polizeikräfte auf den Flughäfen.

Foto: Uwe Anspach/dpa

Säuberlich: Wie bewerten Sie die Entwicklung bei Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Deutschland im Jahr 2009?

Freiberg: Wenn die soziale Spaltung weiter zunimmt, immer mehr Menschen um ihre Existenz bangen müssen und die Zukunft immer unplanbarer und unsicherer wird, wird der Extremismus in jede politische und religiöse Himmelsrichtung zunehmen. Auch die Angst und die Abneigung gegenüber allem Fremden. Rechtsextremismus war immer auch ein

Merkmal der sozialen Randständigkeit. Jetzt wächst der Linksextremismus wieder stark an. Beide Tendenzen lassen sich auf einen Nenner bringen: Zunehmende Staatsferne.

Säuberlich: Halten Sie weitere Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus für erforderlich?

Freiberg: Natürlich wird bereits heute schon viel getan und vieles muss intensiviert werden. Aber ich halte Anstrengungen für nötig, die verhindern, dass Menschen aus dem gesellschaftlichen Konsens in den Extremismus abgleiten. Die Begriffe „links“ und „rechts“ verleiten dazu, auf

solche Erscheinungen mit politischen Argumenten und politischen Überzeugungen zu reagieren. Also mit Plakaten, Traktaten und Werbekampagnen. Ein sehr erfahrener Kollege, der in Berlin-Marzahn und Friedrichshain Dienst tut, sagt dagegen: Wenn hier nur mal jemand vorbeikäme und mit den jungen Leuten etwas unternehmen würde, würden wir sie nicht an die Rechten verlieren.

Säuberlich: Im Jahr 2009 hat die Tötung von Dominik Brunner am S-Bahnhof in München-Solln für Schlagzeilen gesorgt. Ist das Fahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln in Deutschland insgesamt gefährlicher geworden?

Freiberg: Millionen Bürger nutzen täglich öffentliche Verkehrsmittel ohne beleidigt, belästigt oder gar angegriffen zu werden. Statistisch sind solche Vorkommnisse eher selten. Dennoch steigt die Zahl der Übergriffe auf Fahrgäste und das wenig vorhandene Personal an. In Berlin wird jeden Tag ein Busfahrer malträtiert. Wenn es zu Gewalt kommt, dann wird sie immer brutaler. Die Vandalismusschäden nehmen von Jahr zu Jahr zu. Die öffentlichen Verkehrsmittel müssen von den wenigen, die sie missbrauchen für die Millionen Bürger die sie benutzen, zurückerobert werden. Das geht nur mit einer deutlichen Präsenz von Sicherheitskräften, die auch eingreifen und asoziales Verhalten ahnden. Die Präsenz von Fahrkartenschleppern funktioniert ja auch, zumindest zu den eher ungefährlichen Stunden des Berufsverkehrs. Warum also nicht von den Unternehmen verlangen, dass auch eine ausreichende Präsenz von Fahrpersonal da ist, das die Hausordnung durchsetzt?

Säuberlich: Gibt es in Deutschland bei den Bürgern genügend Zivilcourage, um bei derartigen Gewalttaten einzuschreiten?

Freiberg: Davon rate ich dringend ab. Jeder, der in Berlin U-Bahn fährt, weiß, dass schon ein paar mahnende Worte gegenüber einer lärmenden Schülergruppe der Beginn einer unheilvollen Eskalation sein können. Dagegen kann jeder zum Handy greifen, den Vorfall melden und die Täter beschreiben. Ein großer Verkehrsverbund im Ruhrgebiet plant, Zugangskontrollen einzurichten, so dass man ohne Fahrkarte nicht auf den Bahnsteig kommt. Auch in New York hat man gute Erfahrungen damit gemacht in der wohl richtigen Annahme, dass jemand, der randalieren oder Leute anfallen will, vorher bestimmt nicht erst brav eine Fahrkarte kauft.



Durchleuchtet wird das Handgepäck – künftig auch die Passagiere?

Foto: Angelika Warmuth/dpa

Säuberlich: Besteht insgesamt Handlungsbedarf in der Integrationspolitik?

Freiberg: Allein die Fehler der Vergangenheit zu kompensieren, bedeutet eine Menge Arbeit. Die Bleiberechts- und Aufenthaltsregelungen und die Kriterien für eine Einbürgerung waren oft nicht nachvollziehbar. Erst langsam schimmert die Erkenntnis durch, dass man sowohl von den Zugewanderten, aber auch von der deutschen Gesellschaft mehr Anstrengungen verlangen muss. Viele Kulturen, die nebeneinander existieren aber sich auch gegenseitig ignorieren, können keine Gesellschaft bilden. Aber eine gemeinsame neue Kultur, in der viele Ethnien atmen



Rettungswagen aus NRW birgt Verletzte in Bolivien

Das Weihnachtsgeschenk brachte Papa Noel mit Verspätung. Eine Woche nach dem Fest war der rotweiße Rettungstransportwagen endlich am Ziel seiner monatelangen Odyssee von Lippe in Westfalen über den großen Teich in das Herz Lateinamerikas nach Bolivien. Beladen mit Spielzeug für schwer verletzte Kinder eines Krankenhauses in Cochabamba hatten ihn ein Jahr zuvor nordrhein-westfälische GdP-Kolleginnen und Kollegen auf die Reise in die viertgrößte und in den östlichen Anden gelegenen Stadt geschickt.

Insbesondere sind es Brandverletzungen, hervorgerufen durch die häufigen Unfälle in den Wohnstätten der Menschen, in denen am offenen Feuer oder mit Gaskartuschen gekocht wird und Öllampen Licht spenden, aber oft genug die Häuser in Brand setzen.

Eva Markus gründete auch ein Heim

Die Geschichte des Krankentransportwagens beginnt genau genommen vor 25 Jahren. Angeregt durch das erste Live-Aid Konzert von Bob Geldorf, entschlossen sich nordrhein-westfälische Polizisten in Mülheim an der Ruhr auf privater Ebene ihren kleinen Beitrag zu leisten, die Leiden von Menschen in Not zu lindern. Seitdem animiert und koordiniert Frank Richter, heute Vorsitzender des Landesbezirks Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und Mitglied des geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, die Aktivitäten seiner Kolleginnen und Kollegen, die ihre Hilfe auf ein Krankenhaus der bolivianischen Stadt Cochabamba konzentriert haben.

Jüdische Emigranten aus dem Nazi-Deutschland hatten sich dort nach dem Krieg für ihre Rettung und menschliche Aufnahme bei den Bolivianern bedanken wollen und gründeten ein Hospital für die bolivianische Bevölkerung. Eine von ihnen, Eva Markus aus Breslau, kümmert sich nunmehr seit 70 Jahren um die kranken Kinder aus der Umgebung, die mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus aufgenommen werden.



Mit 92 Jahren unermüdlich aktiv für die Kranken und Verletzten: Eva Markus, gebürtige Breslauerin, nimmt den Krankentransporter aus NRW in Empfang. Fotos (3): F. Richter

SPENDENAKTION

körperlich und geistig Behinderter und ist auch in ihrem hohen Alter heute das soziale Herz der Stadt.

Mit Eva Markus verbindet Frank Richter eine tiefe Freundschaft. Viele Jahre transferierte er Spenden, gesammelt auf GdP-Veranstaltungen wie Skat-Turnieren oder Sitzungsgelder, die der Vorsitzende mit sanftem Druck seinen Vorstandskollegen abtrotzte.

So erreichen seit vielen Jahren über das deutsche Medikamentenhilfswerk „action medeor“ Hilfsgüter aus Kreisen der nordrhein-westfälischen Polizei ihren Bestimmungsort Cochabamba.

Auf seiner ersten privaten Reise vor sieben Jahren nach Cochabamba nahm Frank Richter einen Berg an Spielsachen mit und bis heute sind es vor allem GdP-Teddies aus dem Ruhrgebiet, die den kranken Kindern Mut machen und Trost spenden. Mehrmals führte es ihn in die Andenstadt und neben beeindruckenden Bildern und Erfahrungen brachte Richter zuletzt auch den dringenden Wunsch des einzigen Rettungsdienstes vor Ort, der mit Spenden finanzierten Freiwilligen Feuerwehr „Grupo Voluntario des Salvamento Bolivia S.A. R.“ nach einem Rettungstransportwagen mit nach Deutschland.

Mit Hilfe der Kolleginnen und Kollegen der Kreispolizeibehörde Lippe, des Landrates und der dortigen Freiwilligen Feuerwehr konnte vor gut einem Jahr ein solcher Krankentransporter aufgetrieben werden. Zwischen seinem Standort in Lippe in Westfalen und der Andenstadt lag nicht nur ein langer See- und Landweg, sondern auch fast unüberwindlich scheinende finanzielle und bürokratische Hürden, die nur mit zahllosen Telefonaten und der tatkräftigen Unterstützung von Institutionen



GdP-Teddys und -Mäuse helfen, die schlimmen Schmerzen eine Weile zu vergessen.



Immer wieder brechen verheerende Feuersbrünste in den Dörfern um Cochabamba aus. Die Opfer sind oft Kinder.



Der nordrhein-westfälische GdP-Landesvorsitzende Frank Richter und Dirk Angemeer von action medeor vor dem Krankentransporter bei der Übergabe vor einem Jahr. Der bekannte Karikaturist Jürgen Tomicek hatte dem Anlass eigens eine Zeichnung gewidmet.

Foto: Holecsek

und Unternehmen überwunden werden konnten.

Die Hamburg Südamerikanische Dampfschiffahrts Gesellschaft KG (Hamburg Süd) Hamburger Reederei Hamburg Süd, einer der bedeutendsten Carrier im Nord-Süd-Verkehr mit umfassenden Know-how in den Zielgebieten mit ihrem Partner Columbus Logistics Services GmbH (CLS), kalkulierte nicht nur einen günstigen Schiffstransport nach Arica, sondern fand auch eine Lösung für den Landtransport nach Cochabamba.

Der Essener Industriekonzern Evonik Industries AG – tätig in den Geschäftsfeldern Chemie, Energie und Immobilien – erklärte sich bereit, die Transportkosten für den Rettungswagen zu übernehmen.

Als größte zu überwindende Hürde erwiesen sich die Zoll-, Export- und Importbestimmungen. Insbesondere die Erlangung einer Zollbefreiungserklärung für die bolivianische Zollbehörde habe, so die Ratschläge aus diplomatischen Kreisen in

Berlin, nur eine Chance, wenn eine große, auch in Bolivien anerkannte Hilfsorganisation sich dem Projekt annehmen könnte. Die action medeor das größte Medikamenten-Hilfswerk Europas mit Sitz in Tönisvorst am Niederrhein stand den GdP-Kollegen zur Seite. Mitte Dezember vergangenen Jahres konnte der Transporter in Bremerhaven auf die fast 11.000 Kilometer lange Reise gehen. Die endete dann vorerst im chilenischen Hafen Arica. Bolivien hatte im „Salpeterkrieg“ von 1879 bis 1883 große Teile des seit der Unabhängigkeit umstrittenen Territoriums endgültig an Chile verloren und damit auch den Zugang

zum Pazifik. Ein schwieriges Transitabkommen regelt den Waren- und Güterverkehr zwischen beiden Ländern. Bis zu seinem Bestimmungsort lag vor dem Notarztwagen also nicht nur eine mehrere hundert Kilometer lange beschwerliche Strecke durch die Anden, sondern auch ein weiterer Kampf um Ausfuhr- und Einfuhrgenehmigungen. Höchsten diplomatischen und auch weniger offiziellen Kontakten gelang es schließlich nach Monaten, den Wagen an sein Ziel zu bringen.

Weihnachten, das in den Anden zum einen bei hochsommerlichen Temperaturen und zum anderen wie Silvester gefeiert wird, fand in Cochabamba in diesem Jahr zweimal statt. Mit großem Jubel begrüßten Feuerwehrleute und Krankenhausmitarbeiter, an der Spitze die 92jährige Eva Markus, das Geschenk der GdP-Kolleginnen und -Kollegen aus Nordrhein-Westfalen. Auch der Rettungswagen wird auf dem anderen Kontinent noch manches Leben retten helfen.





Waffenamnestie bringt Bürger in Bedrängnis

Eine Waffenamnestie sollte es bis zum 31. Dezember 2009 allen Bürgern ermöglichen, illegal besessene Waffen straffrei bei den Behörden abzugeben. Wer im Vertrauen auf die versprochene Straffreiheit eine Waffe bei der Polizei ablieferte, riskierte ebenso ein Strafverfahren wie derjenige, der neben der Waffe auch noch die Munition abgeben wollte. Der Gesetzgeber hatte die Bürger schlicht hinters Licht geführt: Zwar war die bloße Rückgabe einer illegalen Waffe straffrei, nicht jedoch der Transport zur Behörde, ebenso wenig die Abgabe der zugehörigen Munition.

Dass die gefährliche Lücke im Gesetz nicht bloße Theorie geblieben ist, erfuhren etliche Bürger beispielsweise im niedersächsischen Goslar. Die dortige Polizei leitete prompt entsprechende Verfahren ein, wenn jemand die illegale Waffe selbst bei der Behörde abgeliefert hatte. Das war kein Akt der Heimtücke, das war die zwingende Konsequenz aus der schlampigen Arbeit des Gesetzgebers, der es versäumt hatte, die Amnestieregelung im Waffengesetz vom Juli 2009 praxisgerecht zu formulieren, also auch die Modalitäten der Abgabe zu berücksichtigen. Die Polizei ist also nicht schuld, denn sie kann gar nicht anders: wer als Vollzugsbeamter von dem illegalen Tatbestand des Waffentransportes erfährt, muss die Anzeige fertigen, andernfalls macht er sich der Strafvereitelung im Amt schuldig.

Gleiches galt auch dann, wenn jemand neben der illegalen Waffe (deren Abgabe straffrei war) auch noch die – natürlich ebenso illegal besessene – Munition ablieferte. Auch hier musste eine Anzeige geschrieben werden, weil der Gesetzgeber es versäumt hatte, diesen eigentlich offensichtlichen Tatbestand im Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen. Das Schlimme daran: er hätte es wissen müssen, weil bei der Anhörung der Sachverständigen im Innenausschuss des Bundestages der Vizepräsident des Deutschen Schützenbundes, Jürgen Kohlheim, genau darauf hingewiesen hatte.

Der Goslarer Kriпочef, Michael Blase, betonte gegenüber den Medien, dass das Gesetz keine andere Wahl lasse als die Verfahren einzuleiten. Das bestätigte auch ein Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums, der indirekt den Bürgern vorwarf, nicht richtig zugehört zu haben: Man habe mehrfach und genau über die Abgabe illegaler Waffen informiert. Nur: man kann nicht verlangen, dass jeder in dieser Republik Jurist sein muss, um derlei filigrane Unterscheidungen zwischen der versprochenen Straffreiheit der Abgabe einer ille-



Verschiedene Waffen liegen in der Waffenkammer des Polizeipräsidiums in Düsseldorf auf einem Tisch. Zahlreiche Waffenbesitzer in Nordrhein-Westfalen haben die bis 31.12.2009 befristete Amnestie zur Abgabe ihrer illegalen Schusswaffen genutzt. Bis Ende November seien fast 34.000 Waffen aller Art in NRW abgegeben worden, sagte ein Sprecher des Düsseldorfer Innenministeriums auf dpa-Anfrage.

Foto: Julian Stratenschulte/dpa

gal besessenen Waffe und deren Transport zur Behörde nachvollziehen zu können. Daher beschwichtigte ein Sprecher der Braunschweiger Staatsanwaltschaft auch, dass derlei Verfahren in der Regel wegen geringer Schuld eingestellt würden.

Gleichwohl ist Schaden entstanden: das Vertrauen der Bürger in die Zusage der Straffreiheit ist erheblich erschüttert, und der behördliche Papierkrieg zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten ist völlig unnötig – als ob es nicht ohnehin schon genug Arbeit gäbe!

Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU) machte es sich viel zu leicht, als er gegenüber den Medien erklärte, das Vorgehen von Polizei und Justiz entspräche zwar dem Buchstaben des Gesetzes, aber Sinn und

Zweck der Amnestievorschrift sei es ja gerade gewesen, die Menschen aufzufordern, die Waffen abzuliefern. Im Klartext heißt das offenbar, dass die Polizei besser über die „Kleinigkeit“ des illegalen Transports hinweggesehen hätte. Nein, umgekehrt wird ein Schuh daraus: der Gesetzgeber muss sich schon die Mühe einer gewissenhaften Formulierung machen; wo kämen wir hin, wenn man die Interpretation der Gesetze Polizei und Justiz überlassen würde, die dann raten müssten, was denn Absicht des Gesetzgebers gewesen sei.

Das Problem ist in den meisten Waffenrechtsbehörden gar nicht aufgetreten. Das liegt schlicht daran, dass dort

Verwaltungspersonal tätig ist, also niemand, der dem Strafverfolgungszwang unterlag. Dort wurde also über die rechtswidrigen Tatbestände wie Transport und illegaler Munitionsbesitz hinweggesehen nach dem Motto: „Hauptsache, Waffen abliefern – alles andere ist unwichtig.“

Richtig, wenn man sich diese Sichtweise leisten kann, ohne sich selbst strafbar zu machen.

Das Fatale an der ganzen Geschichte: ausgerechnet die Gutwilligen, die auf die Amnestie vertraut hatten, wurden enttäuscht. Das ist deshalb so schlimm, weil das notwendige Vertrauen des Bürgers in die Zusage des Gesetzgebers enttäuscht wurde: wer will es denn dem Bürger verdenken, wenn er bei der nächsten ähnlichen Aktion nicht mehr mitmacht.

Es ist ja auch nicht so, als seien es allesamt potentielle oder tatsächliche Kriminelle gewesen, die da ihre illegale Waffe abgegeben hätten. In den allermeisten Fällen wurden illegale Waffen abgeliefert, die schon bei der Einführung des Waffengesetzes 1972 nicht angemeldet worden waren, oder es handelte sich beispielsweise um Erbwaffen, bei denen die Erben nicht gewusst hatten, dass es für deren Besitz einer waffenrechtlichen Erlaubnis bedurfte. Und wenn sie es zu ei-



nem späteren Zeitpunkt erfahren hatten, dann hätten sie sich mit einer Abgabe strafbar gemacht.

Die Amnestie – nur ein medialer Erfolg

Nach Presseberichten sind bis zum Jahresende 2009 rund 120.000 Waffen bei den Behörden abgegeben worden. Alles illegale? Mitnichten. Der genaue Anteil der tatsächlich aus illegalem Besitz befindlichen Waffen wurde vorsichtshalber gar nicht gemeldet. Tatsächlich sind unter den abgegebenen Waffen sehr viele, die völlig legal im Privatbesitz waren. Der Aufruf zur Abgabe hatte den – durchaus nützlichen – Nebeneffekt, dass sich so mancher Bürger von seiner Waffe trennte, die er nicht mehr gebrauchen wollte oder konnte. Da waren zahlreiche uralte „Schätzchen“ bei, natürlich immer noch funktionsfähig und daher gefährlich, die deshalb abgegeben wurden, weil die Kosten für eine sichere Aufbewahrung im Tresor ein Mehrfaches des Wertes der Waffe ausgemacht hätte. Manch anderer Bürger wurde sich erst wieder über die öffentliche Debatte über das Thema bewusst, dass auch er Waffenbesitzer war: da lag immer noch ein altes Luftgewehr herum – lange vergessen, aber nun aktuell geworden. Was weiter in großer Zahl abgegeben wurde, waren mehr oder minder alte Gas- und Alarmpistolen, sogar Vorderladerwaffen, neu gefertigte ebenso wie uralte.

Es war also ein buntes Sammelsurium an Waffen und Besitzverhältnissen, um das es geht. Den Medien war's egal: sie feierten die Rückgabe „illegaler“ Waffen. Fachleute waren da deutlich vorsichtiger. So beschrieb der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg gegenüber „DIE WELT“ eigentlich eine Binsenweisheit: „Kriminelle geben ihre Waffen natürlich nicht ab.“ Die Absicht der Bundesregierung, zu deutlich weniger Waffen im Volk zu kommen, sei nicht wirklich erreicht worden. Was auch in der medialen Erfolgsmeldung unterging, war eine waffenrechtliche Tatsache: es ist selbstverständlich weiterhin möglich, Waffen abzugeben, nur eben nicht illegale. Wer sich also weiterhin irgendwann von seiner legalen Waffe trennen möchte, kann dies jederzeit tun: durch Verkauf an einen anderen Berechtigten, auch durch Abgabe bei der Polizei. Und das Innenministerium Nordrhein-Westfalen verriet hierzu eine interessante Zahl: bei der Aktion „Illegale Waffen“ wurden bis Ende November 2009 insgesamt 34.000 Waffen abgegeben, doppelt so viele wie im gesamten Vorjahr. Im Klartext: es wurden und werden immer Waffen abgegeben, die Öffentlichkeit hat's bislang nur nicht gemerkt.

W. Dicke

Vertraulichkeit im Netz ein weitverbreiteter Irrglaube

„Bedrohungen durch das World-Wide-Web – Schutz kritischer Infrastruktur“, so lautete der Titel eines Kongresses, der am 30.11. und 1.12.2009 in der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Zusammenarbeit mit T-Systems in Berlin stattgefunden hat. Zum dritten Mal hatte die Bundesakademie für Sicherheitspolitik gemeinsam mit T-Systems zahlreiche Experten eingeladen, um Themen der globalen Kommunikation und Informationstechnologie zu diskutieren.

Den Vortrag zur Einleitung in das Kongress-thema hielt MinDir Martin Schalbruch, IT-Direktor im Bundesinnenministerium (BMI). Er ging auf die vielfältigen Gefahren, die das Internet bietet ein und hob insbesondere die zunehmende Zahl von BOT-Netzen, die für vielfältigste kriminelle Aktionen benutzt werden, hervor.

Der Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Michael Hunge, warnte vor dem Irrglauben, dass es im Internet auch nur irgendeine Vertraulichkeit gebe. Mit eindeutigen Identitäten sei es im Internet weit her. Vielfach würden falsche Identitäten genutzt, um illegale Geschäfte über das Internet abzuwickeln. Identitätsdiebstahl durch Schadsoftware findet in einer Vielzahl von Branchen statt.

Seit 2005 werden auch in Deutschland auf breiter Basis gegen öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen gerichtete Angriffe über das Internet mit unterschiedlichster Motivation beobachtet. Neben der Absicht Aufmerksamkeit zu erregen oder den Betroffenen Schaden zuzufügen, stehen zunehmend die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile oder eine politische Motivation im Mittelpunkt. Benutzt werden die Begriffe Cyber-Crime, Cyber-Terrorismus und Cyber-Warfare.

Die gängigste Angriffsmethode und größte Bedrohung besteht in der Versendung von E-Mails, die mit einem Schadprogramm „verseuchten“ Anhang versehen sind. Sobald ein solcher Anhang geöffnet wurde, treibt das Schadprogramm fortan sein Unwesen auf dem infizierten Rechner, ohne das der Benutzer es unbedingt bemerkt.

Eine Infektion durch Schadprogramme erfolgt aber nicht nur über E-Mail, sondern auch über infizierte Webseiten oder über Datenträger, wie USB-Sticks oder CD-ROM, bzw. DVD. Infizierte Rechner können dann auch über verteilte Kontrollstrukturen, wie Botnetze ferngesteuert werden.

Die kritische Situation permanenter Cyber-Attacks eskaliert weiter. Gängigste Angriffsmethoden sind: Hacking, Viren, Würmer, Trojaner, Phishing, DDOS-Attacken, Social Engineering, Intelligenz und Kriminalität haben sich hier gepaart und zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden die Strafverfolger offensichtlich nicht Herr der Lage. Die Zahl erfolgreicher Angriffe steigt nämlich rapide. Monatlich werden Millionen von digitalen Identitäten gestohlen, werden Botnetze mit mehreren Millionen gekaperten Rechner gebildet. Auch die Spionagenetze (Ghost-Nets) nehmen zu. Die Softwareindustrie produziert „Trojanerbaukästen“, die über diverse Kanäle vertrieben werden und auch Ungeübten die Möglichkeiten eröffnen, Trojaner gezielt für eigene Zwecke einzusetzen. Die meisten Trojaner laufen an den Virensclannern vorbei, d.h. sie werden von ihnen nicht erkannt. Der Identitätsdiebstahl und die Identitätsfälschung werden für kriminelle Machenschaften genutzt.

Botnetze können zwischenzeitlich über das Internet für vielfältigste Zwecke angeworben werden.

Spionagenetze dienen nicht nur zur Wirtschaftsspionage. Gezielte Spionageangriffe finden täglich statt. Betroffen sind auch Computer von Banken, Botschaften, Außenministerien und anderen Regierungsstellen.

Nachhaltige Erfolge bei der Bekämpfung der Cyber-Attacks sind nur durch Zusammenarbeit aller Beteiligten zu erreichen. Dazu zählen die Kreditinstitute, Strafverfolgungsbehörden, Internetzugangsanbieter und die Antivirenindustrie.

Auch der internationale Terrorismus profitiert von der Komplexität und Globalität des Netzes. Ideologietransfer und Radikalisierungsprozesse werden rein virtuell kommunizierbar, waffentechnologische Anleitungen weltweit zugänglich.

Die virtuelle Welt setzt andere Rahmenbedingungen für kriminelles Verhalten, als die reale Welt. Während in der realen Welt bei der Verfolgung von Straftaten häufig noch allgemeine Personen- und Sachbeweise geeignete Ermittlungsansätze bieten, stellen die im Internet vom Täter hinterlassenen elektronischen Spuren überwiegend den eigentlichen Ermittlungsansatz dar. Verschlüsselungsmethoden und die Flüchtigkeit solcher ermittlungsrelevanter Daten stellen die Strafverfolgungsbehörden vor besondere Herausforderungen. Das erfordert jedoch neue Bekämpfungsstrategien und -maßnahmen.

Horst Müller



DGB-Bundesfrauenkonferenz 2010

GdP-Frauen geben inhaltliche Impulse

Unter dem Motto „Frauen bestimmt“ trafen sich vom 14.-16. Januar 128 Delegierte aus den acht Einzelgewerkschaften sowie zahlreiche Gäste zur 17. ordentlichen DGB-Bundesfrauenkonferenz in Berlin. Die dreitägige Konferenz stellte die Weichen für die gleichstellungspolitischen Aktivitäten der DGB-Frauen in den kommenden vier Jahren. Im Mittelpunkt stand die Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der Bundesregierung zur Frauen- und Gleichstellungspolitik, wie sie im Koalitionsvertrag festgeschrieben sind. Eigene Akzente setzten die Frauen im DGB durch eine integrierte Fachkonferenz mit Blick auf die steigende Zahl der Familienmütterinnen und durch die Beratung zahlreicher Anträge zur Gleichstellungspolitik, aber auch zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie zur DGB-Strukturreform.

Mit fünf ordentlichen Delegierten waren die GdP-Frauen auf der Konferenz vertreten und stellten mit Erika Krause-Schöne ein aktives Mitglied der Verhandlungsleitung, das in schwierigen Debatten Übersicht und Humor behielt – auch wenn es Änderungs- und Initiativanträge hagelte.

Einig waren sich die Delegierten, deren Durchschnittsalter bei 51 lag, vor allem in ihrer Forderung nach einer sozialen und wirtschaftlichen Eigenständigkeit von Frauen, die nach ihrer Auffassung nicht nur eine Existenz sichernde Arbeit mit anständiger

Entlohnung sondern auch die soziale Absicherung bei Mutterschaft und Krankheit sowie eine ausreichende Alterssicherung umfassen muss.

Großen Wert legten die Kolleginnen zudem auf gesetzliche Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt und deren politische Umsetzung. Einhellige Zustimmung fand daher der Antrag der GdP-Frauengruppe zur Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen in den Bundesländern mit dem Ziel, Öffentlichkeitsarbeit zur Benachteiligung nicht nur auf Bundesebene sondern dezentral zu leisten und weitere Anlaufstellen zur Beratung und Unterstützung Betroffener zu schaffen. Unterstützung bei den DGB-Frauen er-

hielt die GdP-Frauengruppe auch für ihre Forderung nach einer Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), mit dem die rechtliche Gleichstellung von Betriebs- und Personalräten hinsichtlich ihrer Rechte aus dem AGG erreicht werden soll. Wo nämlich das Betriebsverfassungsgesetz gilt, können Betriebsrat oder eine im Betrieb vertretene Gewerkschaft bei einem groben Verstoß des Arbeitgebers gegen die Vorschriften des AGG unter bestimmten Voraussetzungen ihre Rechte aus dem AGG gerichtlich geltend machen – während Personalräte und ihre in Dienststellen und Verwaltungen vertretenen Gewerkschaften kein Klagerecht aus dem AGG ableiten können, da im öffentlichen Dienst das

Betriebsverfassungsgesetz nicht gilt. „Es ist ein Zeichen der Solidarität, dass die Kolleginnen im gesamten DGB dieses Defizit genauso wahrnehmen wie wir und sich mit uns gemeinsam für die Rechte der Personalräte einsetzen wollen“ freute sich Dagmar Hölzl, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Frauengruppe (Bund), die in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der Frauen im DGB-Bezirk Baden-Württemberg an der Konferenz teilnahm.

Viel Diskussionsbedarf hatte die DGB-Bundesfrauenkonferenz schließlich in eigener Sache. Große Einigkeit herrschte in der Zielvorstellung, eine gerechte Teilhabe von Frauen in den Strukturen und an den Prozessen im DGB zu verwirklichen. Unterschiedlicher Auffassung waren die Kolleginnen der einzelnen Gewerkschaften hinsichtlich der Strategie, welche Forderungen erhoben werden sollten, um dieses Ziel zu erreichen. Mit ihrem Vorschlag, sich beim DGB-Bundesvorstand für den Erhalt bestehender Rechte der Frauenvertreterinnen auf den verschiedenen Ebenen des DGB einzusetzen, stießen die



Die GdP-Delegation bei der Bundesfrauenkonferenz des DGB (v.l.n.r.): Erika Krause-Schöne (BP), Elke Gündner-Ede (GBV), Dagmar Hölzl (BW), Anja Weusthoff (Bgst.), Christi Kern (BY), Steffi Loth (RP) und Sandra Temmen (HE). Fotos (2): weu



Gern nutzen die Kolleginnen der Einzelgewerkschaften und des DGB auch die kurzen Pausen zum intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch, für den sonst häufig die Zeit fehlt. Hier im Gespräch: Ingrid Sehrbrock, stv. Vorsitzende des DGB (im geschäftsführenden Vorstand zuständig für Frauen- und Gleichstellungspolitik) und Dagmar Hölzl (BW), Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Frauengruppe (Bund).

GdP-Frauen auf breite Zustimmung in der Konferenz.

Sandra Temmen, Vorsitzende der Frauengruppe (Bund) zog für die GdP ein positives Fazit des Treffens: „Ich bin stolz darauf, dass wir als GdP-Frauen, auch als kleine Delegation starke inhaltliche Impulse in die DGB-Bundesfrauenkonferenz einbringen konnten!“ **weu**



IMK-Vorsitz wechselt nach Hamburg

Turnusgemäß wechselte zu Beginn des neuen Jahres der Vorsitz der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern (IMK). Neuer IMK-Vorsitzender ist der Hamburger Innensenator Christoph Ahlhaus, der das Amt vom Bremer Innensenator Ulrich Mäurer übernahm.



Christoph Ahlhaus

Der 40-jährige CDU-Politiker ist seit dem 7. Mai 2008 Präses der Behörde für Inneres in Hamburg. Aufgewachsen in Heidelberg machte er zunächst eine Ausbildung zum Bankkaufmann, ehe

er ein Jura-Studium begann. Seine Zulassung als Rechtsanwalt erhielt Christoph Ahlhaus 1999.

2004 wurde der Politiker, der drei Jahre zuvor die Landesgeschäfte der hamburgischen CDU übernahm, in die Bürgerschaft der Hansestadt gewählt. Zwei Jahre später bekleidete er bis zur Übernahme der Innenbehörde dort die Position des Staatsrates.

Mit besonderen Vorschusslorbeeren seitens der GdP braucht Innensenator Ahlhaus indes nicht zu rechnen. Am Rande der letzten IMK-Herbstkonferenz musste er sich ihrer scharfen Kritik aussetzen. Hamburg hatte im Verbund mit Sachsen die Teilnahme an der Studie „Gewalt gegen die Polizei“ mit der Begründung, die Studie habe keine Akzeptanz mehr unter den Polizeibeamten, abgelehnt. Der GdP-Bundvorsitzende Konrad Freiberg bezeichnete diese Behauptung als vermessen. Freiberg wörtlich gegenüber der Presse: „Dass der Hamburger Innensenator für die gesamte Polizei in Deutschland spricht, halte ich für eine Anmaßung.“ Da sei, so Freiberg, wohl eher persönliche Profilierung im Spiel – und das auf dem Rücken der Sicherheit der Polizeibeamtinnen- und beamten.

MiZi

Nikolaus-Cross 2009: Luftwaffe und Polizei Berlin siegten

Anne Grießbach (A 31) ist Berlins ausdauerndste Polizeibeamtin. Beim traditionellen Nikolaus-Cross, bei dem 1.400 Uniformträger von Bundeswehr, Polizei, Feuerwehr und Zoll nun schon zum fünften Mal gemeinsam aus der Julius-Leber-Kaserne in die Rehberge über rund 5.200 m starteten, überzeugte die 30-jährige mit Bestzeit und siegte in 20:08 min zum dritten Mal. Seinen fünften Sieg in Folge verbuchte Luftwaffensoldat Volker Schubert vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr. Der 53-jährige Reserve-Presseoffizier und Cross-Initiator, wie Polizeimoderator Andreas Müller herausgehob, wurde in 17:40 min erneut Schnellster aller Altersklassen (von M30 bis M55+). Bei den Youngstern war Berlins 25-jähriger Crosslauf-Vizemeister Daniel Naumann (2. BPA) in 16:31 min Sieger des schwierigen Geländeparcours.

Volker Schubert

Polizeihauptmeisterin Anne Grießbach ist Berlins schnellste Polizeibeamtin im Crosslauf.

Foto: Volker Schubert



Offenes Motorradtreffen für Polizeibeamte, Angestellte und ihre Angehörigen

Zum wiederholten Male findet in Uslar-Fürstentagen bei Göttingen ein Motorradtreffen für Polizeibeamte statt. An folgenden 2 Terminen wollen wir uns treffen: 28.-30. Mai 2010 und 20.-22. August 2010. Die Unterbringung erfolgt in gepflegten Einzel- und Doppelzimmern mit Halbpension.

Weitere Informationen sind über E-Mail detlefschoene@freenet.de oder Telefon 0160-665 45 14 anzufordern.

An Programm ist ein gemütliches Beisammensein, Benzingespräche, Ausfahrten nach Extersteine/Detmold, Harz, Edersee und Kyffhäuser/Wartburg sind geplant.

Eventuell anfallende Gewinne werden dem Kinderheim in Göttingen gespendet.

Die Veranstaltung wird in Zusammenarbeit mit der IPA und den Blue Knights (motorradfahrende Polizeibeamte) durchgeführt.

Detlef Schöne



Foto: privat







GdP gewinnt Prozess gegen den Kopp-Verlag

Zensur-Vorwürfe dürfen nicht weiter erhoben werden

Mit Urteil vom 23. Dezember 2009 hat das **Landgericht Düsseldorf, 12 O 415/09**, auf Antrag der Gewerkschaft der Polizei (GdP) dem Kopp-Verlag untersagt, weiter zu behaupten, sie habe im Hinblick auf ein von ihm verlegtes Buch von Udo Ulfkotte Zensur ausgeübt, die zu Austritten aus der Gewerkschaft geführt hätten. Sollte der Kopp-Verlag diesem Urteil zuwiderhandeln, ist ein Ordnungsgeld in Höhe von 250.000 EUR fällig. Mit diesem gerichtlichen Erfolg hat sich die GdP in einem außerordentlichen wichtigen Punkt durchgesetzt.

Zum Hintergrund: Der VDP-Verlag, dessen Eigentümerin die GdP ist, lehnte den Abdruck einer Werbeanzeige des Kopp-Verlages für das Buch von Udo Ulfkotte „Vorsicht Bürgerkrieg“ ab, weil die Inhalte dieses Buches als nicht gewerkschaftskonform bewertet wurden. Auf der Internetseite des Kopp-Verlages wurde daraufhin die Behauptung aufgestellt, dass die GdP Zensur ausgeübt, es deswegen eine Welle der Empörung gegeben hätte und

dass im Zuge dieser Ereignisse Gewerkschaftsmitglieder aus der GdP ausgetreten seien.

Selbstverständlich hatte die GdP keine Zensur ausgeübt und selbstverständlich sah es der VDP-Verlag als seine eigene Aufgabe an zu entscheiden, welche Anzeigen für welches Medium veröffentlicht werden sollten und welche nicht. Der Verlag hatte aus sachlichen Gründen entschieden, dass das Ulfkotte-Buch nicht per Anzeige beworben werden soll.

Das Landgericht Düsseldorf hat nun insbesondere die Frage der behaupteten Zensurausübung und der unterstellten Gewerkschafts Austritte bewertet und kommt zu der Entscheidung, dass es nicht überwiegend wahrscheinlich ist, dass die vom Kopp-Verlag getätigten Äußerungen wahr sind. Der Beklagte, der Kopp-Verlag, hat nicht glaubhaft gemacht, dass es tatsächlich zu Austritten gekommen ist. Das Gericht stellt zudem fest, dass die von der Beklagten ins Feld geführten Unterlagen und

Versicherungen nicht genügen, um seine Äußerungen zu belegen. „Diese Versicherungen genügen nicht. Sie sind nicht konkret und in keiner Weise nachprüfbar. Namen von Betroffenen sind dort nicht genannt. Ebenso wenig finden sich Angaben dazu, wann und wo die Äußerungen aus welchem Anlass gefallen sein sollen.“, heißt es auf Seite 8 des landgerichtlichen Urteils.

Es ist also feststellbar, dass die Düsseldorfer Richter entschieden haben, dass die Äußerungen des Kopp-Verlages nicht erweislich wahr sind. Hinzu kommt noch, dass das Landgericht auch davon ausgeht, dass die von der GdP angegriffenen Äußerungen des Kopp-Verlages einen schweren Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht der GdP darstellen. Nach Überzeugung des Gerichts wird die GdP durch die inkriminierenden Äußerungen des Kopp-Verlages in der sozialen Wertschätzung erheblich herabgesetzt. Auch deshalb sah sich das Landgericht veranlasst in diesem Punkt im Sinne der GdP zu entscheiden. **SB**

GESPRÄCHE

Auch Bierbrauer kämpfen gegen Alkoholmissbrauch

In Gesprächen mit der Deutschen Bahn und dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) bemüht sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Alkoholverbote in Fußballzügen zu vereinbaren. Jörg Radek, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für Großeinsätze zuständig: „Wir schaffen das nicht mehr. Gewaltbereitschaft und Alkoholmissbrauch nehmen ständig zu.“



Alkoholverbote ja oder nein? Jörg Radek, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP, im Gespräch mit dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Brauerbundes, Peter Hahn (r.) und Marc-Oliver Huhnholz (l.), Referent für politische Kontakte. Foto: Holecek

Jedes Wochenende die gleichen Rituale: Hundertschaften der Polizei begleiten Fußballfans zu den zahlreichen Spielen in ganz Deutschland in überfüllten Zugabteilen. Bierdosen und Schnapsflaschen kreisen, Gesänge und Schlachtrufe lassen den Lärmpegel steigen, die Zugtoiletten sind, wenn überhaupt geöffnet, nicht mehr zu gebrauchen. Dicht an dicht stehen

Bundespolizisten in schwerer Einsatzrüstung mit den Kuttenträgern der unterschiedlichsten Anhängerschaften. Es ist warm, die Luft zum Schneiden und die

Stimmung wird immer aggressiver. Normale Fahrgäste beschwerten sich erfolglos, das Bahnpersonal hat sich zurückgezogen. Dann, am Zielbahnhof kommt unvermit-





telt und ungeplant ein anderer Tross einer anderen Fangemeinde an. Auch bei ihnen hatten seit Stunden die Flaschen gekreist. Die Schlacht beginnt.

Auch dem Deutschen Brauer-Bund, dem Dachverband der Fach- und Regionalverbände der deutschen Bierbrauer mit Sitz in Berlin sind die Probleme nicht unbekannt. In einem Gespräch mit dem GdP-Vorstandsmitglied Jörg Radek, zeigt Hauptgeschäftsführer Peter Hahn Verständnis für die Forderung. Allerdings, so Hahn: „Totalverbote verändern Verhaltensweisen nicht. Die Einstellung zum Trinken muss sich verändern.“ Daran arbeitet der Brauer-Bund nach Kräften mit. So haben sich die deutschen Brauer nicht nur einen Kodex gegeben, der sich unter anderem gegen die Verharmlosung übermäßigen Alkoholkonsums ausspricht und den Verzicht auf Alkoholwerbung für die spezielle Zielgruppe Jugendliche vorschreibt. Lieferverträge können sofort gekündigt werden, wenn der Veranstalter offensichtlich ein Mißbrauchsverhalten fördert. Hauptgeschäftsführer Hahn: „Besonders bei Verletzungen des Kinder- und Jugendschutzes müssen saftige Bußgelder fällig werden, die nicht mal eben aus der Portokasse bezahlt werden können.“ Auch Kampagnen wie „Don't drink and drive“ die in der Öffentlichkeit einen hohen Bekanntheitsgrad erreichten und an denen sich viele Organisationen, unter anderem auch Gliederungen der GdP, beteiligten, wurden von den deutschen Bierbauern wie anderen Getränkeherstellern initiiert. Hahn: „Alle Beteiligten haben ihre Verantwortung zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs wahrzunehmen.“

GdP-Vorstandsmitglied Jörg Radek: „Insbesondere die Einsatzerfahrung der Bundespolizei spricht für die Einführung eines Alkoholverbotes im öffentlichen Personenverkehr (ÖPV). Ein solches Verbot im Rahmen der Beförderungsbestimmungen ist geeignet, auf die negative Entwicklung einer zunehmenden Enthemmung bei Gewalttaten unter Alkohol – nicht nur bei Fußballspielen – zu reagieren.“ Gefahrenträge Situationen, so Radek, könnten von Beginn an gemildert und daraus resultierende polizeilich relevante Ereignisse sowie strafbare Handlungen verhindert werden.

Gegen anlassbezogene Maßnahmen haben auch die deutschen Bierbrauer nichts. Hauptgeschäftsführer Hahn: „Die deutschen Brauer sprechen sich gegen öffentliche Trinkgelage aus, die einem genussvollen Trinken widersprechen. Besäufnissen jedweder Art wird eine Absage erteilt.“

hol

„And the winner is...“

Susann Wernau, Kollegin aus dem Bezirk Bundeskriminalamt, hat den Hauptpreis des DP-Weihnachtspreisausschreibens gewonnen. Ihre Antwortkarte wurde aus 213 Rücksendungen mit gänzlich richtigen Antworten von „DP-Glücksfee“ Johanna Treuber unter dem scharfen Blick

Die Plätze acht bis zwölf belegten: Felix Pöls (Landesbezirk Sachsen-Anhalt), Denis Vettermann (Landesbezirk Sachsen), Frank Gaida (Landesbezirk Nordrhein-Westfalen), Stefanie Lohrmann (Landesbezirk Baden-Württemberg) und Johann Stier (Landesbezirk Bayern).



Unter der Aufsicht des GdP-Justiziers Sascha Braun zieht „Glücksfee“ Johanna Treuber in der DP-Redaktion die Gewinner des Weihnachtspreisausschreibens.

Foto: Stolzenfeld

von GdP-Justiziar Sascha Braun als erste gezogen. Sie gewinnt eine „Swiss-Made-Luminor-3201-Armbanduhr mit ultimativem Beleuchtungssystem“. Als stolze Besitzerin einer bis 50 Meter wasserdichten COP1-Armbanduhr dürfen sich die zweit- und drittplatzierten Kollegen Werner Behm (Landesbezirk Berlin) und Ralf Nickel (Landesbezirk Nordrhein-Westfalen) demnächst präsentieren.

Insgesamt 479 Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich am kniffligen DP-Gewinnspiel, bei dem nur, wer sich in der Polizei gut auskennt und auch Veränderungen in den letzten Jahren verfolgt hat, alle sieben Fragen richtig beantworten konnte.

Hier die weiteren Gewinner: Auf die Plätze vier bis sieben gezogen wurden Dirk Lauer (Landesbezirk Saarland), Stefan Weiß (Bezirk Bundespolizei), Alexander Kolb (Landesbezirk Baden-Württemberg) und Mirko Steinig (Bezirk Bundespolizei).

Gewinnerinnen und Gewinnern werden in den nächsten Tagen ihre Preise zugesendet.

Die DP-Redaktion gratuliert den Gewinnerinnen und Gewinnern und dankt allen Quizfreundinnen und -freunden für ihre Teilnahme.

MiZi

Das waren die richtigen Antworten:

- Frage 1: 1. Juli 2005
- Frage 2: Bundespolizei, BKA, Polizei beim deutschen Bundestag
- Frage 3: 1. September 2006
- Frage 4: Münster-Hiltrup
- Frage 5: Jörg Ziercke, 26. Februar 2004
- Frage 6: 1994
- Frage 7: Sankt Augustin





Hoax warnt vor angeblichem Virus Achtung, Falschmeldung!

Derzeit ist eine Falschmeldung („Hoax“) im Netz unterwegs, die Nutzer verunsichert. In der E-Mail, die vermeintlich vom österreichischen Bundesministerium für Inneres stammen soll, wird behauptet, dass eine E-Mail mit „dem zerstörerischsten Virus, den es je gegeben hat“ im Internet kursiert. Öffne man die E-Mail mit dem Betreff „Einladung“, würde eine Olympia-Fackel gezeigt, die den Virus enthalte. Dieser würde die gesamte Festplatte zerstören. Der Empfänger wird aufgefordert, auf keinen Fall E-Mails mit dem Betreff „Einladung“ zu öffnen – auch nicht, wenn sie von einem Bekannten stammen. Denn der Virus würde sich über die Adressbücher von Nutzern weiter verbreiten.

Außerdem solle man diese Warnung an alle schicken, die man kenne.

Anwender, die diese Falschmeldung von Freunden oder Bekannten erhalten, sollten diese auf keinen Fall weiterleiten. Weder existiert ein derartiger Virus, noch wurde die E-Mail vom österreichischen BMI verfasst. Mehr Infos zu Hoaxes finden Sie auf der BSI-FUER-BUERGER-Seite (https://www.bsi-fuer-buerger.de/BSIFB/DE/ITSicherheit/VirenUndAndereTiere/Hoax/hoax_node.html).

Datenleck in Saturns MP3-Shop Wer bin ich?

Die IT-News-Seite Heise (<http://www.heise.de>) berichtet von Sicherheitsproblemen im MP3-Online-Shop von Saturn. So waren Nutzer beim Surfen auf den Seiten plötzlich als andere Personen angemeldet und konnten deren Daten ändern oder bereits heruntergeladene Dateien erneut downloaden. Der Fehler soll in der Zwischenzeit behoben sein. Saturn weist darauf hin, dass Kreditkarten- und Kontodaten nicht bei den Nutzerdaten gespeichert werden und daher zu keiner Zeit eingesehen werden konnten. Anwendern wird geraten, ihre Zugangsdaten zum Saturn MP3-Online-Shop umgehend zu ändern. Generelle Infos zum sicheren Einkauf im Internet gibt es auf der BSI-FUER-BUERGER-Seite (https://www.bsi-fuer-buerger.de/BSIFB/DE/Themen/EinkaufenImInternet/einkaufen_iminternet_node.html).

Softwarestörungen zum Jahreswechsel Jahr-2010-Problem

Der Wechsel auf das Jahr 2010 hat bei einer Reihe von Programmen zu Störungen und unerwünschtem Verhalten geführt. Die Medien berichten insbesondere über Probleme bei der Software auf Karten-Chips wie z. B. bei EC-Karten eingesetzt werden. Derzeit sind damit keine akuten Sicherheits-

lücken verbunden. Bei einer Reihe von Sicherheitsprodukten und im Betrieb von Systemen ist es allerdings zu Störungen gekommen, die eine Fehlerbehebung durch die Hersteller erforderlich machen.

Das BSI empfiehlt bei der Nutzung des heimischen Computers die Programme einem „Plausibilitätscheck“ zu unterziehen. Diese „Wachsamkeit“ betrifft insbesondere solche Funktionen, die offensichtlich datumsabhängig gesteuert werden. Beispiele dazu sind die automatische Aktualisierung der Software, das Einspielen neuer Virensignaturen, zeitabhängige Datensicherungen oder die Prüfung von lizenzierten Programmen auf Gültigkeit. Die Hersteller 2010-fehlerhafter Software bieten im Internet Informationen und Hinweise zur Verfügbarkeit von Software-Updates.

Gefälschte DHL-Mails im Netz unterwegs Der Trick mit dem Sicherheitscheck

Erneut kursieren gefälschte DHL-E-Mails im Netz, die Nutzer dazu bringen sollen, ihre Zugangsdaten zu DHL-Packstationen preiszugeben. Dies meldet die Online-Ausgabe der PC-Welt [<http://www.pcwelt.de>]. Die Phishing-Mails tragen den Betreff „DHL Sicherheitskontrolle“. In der Nachricht wird der Nutzer aufgefordert, zum Schutz vor Betrügern seine Zugangsdaten zur Packstation zu verifizieren. Folgt man dem in der Mail angegebenen Link, gelangt man zu einer gefälschten DHL-Webseite. Dort wird man aufgefordert, ein Online-Formular auszufüllen, in dem Kundennummer, Passwort und PIN abgefragt werden. Schickt man das Formular ab, landen die Daten direkt bei den Betrügern. Empfänger der Mail sollten diese umgehend löschen – die Deutsche Post und DHL betonen in einem Sicherheitshinweis, dass Kunden niemals nach Ihrer PIN gefragt werden, weder postalisch, noch telefonisch oder per E-Mail. Mehr Infos zum Thema Phishing stehen auf der BSI-FUER-BUERGER-Seite (https://www.bsi-fuer-buerger.de/BSIFB/DE/Themen/Phishing/phishing_node.html) bereit.

Falscher Link zum Herunterladen von Visa-Abrechnungen Keine Spur von Kartenmissbrauch!

Betrüger versenden derzeit gefälschte Visa-E-Mails. Darüber berichtet die Online-Ausgabe der PC-Welt (<http://www.pcwelt.de>). Anwender erhalten eine E-Mail etwa mit dem Betreff „possible fraudulent

transaction occurred with your Visa card“ („Mögliche betrügerische Transaktion mit Ihrer Visa-Karte vorgenommen“). In der Nachricht heißt es, dass die Kreditkarte des Empfängers vor kurzem an einem Geldautomaten im Ausland – etwa in Guinea, Nepal oder auf den Komoren – eingesetzt wurde. Daher solle man seine Kreditkartenabrechnung unter angegebenen Link genau überprüfen. Folgt man dem Link, gelangt man auf eine gefälschte Visa-Webseite, die im Hintergrund eine PDF-Datei mit Schadcode lädt. Außerdem ist auf der Seite eine exe-Datei hinterlegt.

Klickt man diese an, wird ein Trojanisches Pferd auf den Rechner geladen. Anwender sollten die E-Mail umgehend löschen und darauf achten, dass das Antivirenprogramm auf dem aktuellen Stand ist. Auch eingesetzte Software – wie etwa der Adobe Reader – sollte regelmäßig aktualisiert werden. Tipps für ein sicheres Patch-Management gibt es auf der BSI-FUER-BUERGER-Seite (https://www.bsi-fuer-buerger.de/BSIFB/DE/ITSicherheit/SchuetzenAberWie/PatchManagement/patchmanagement_node.html).



Foto: GdP

Gefahr durch USB-Sticks und Co. Erst formatieren, dann nutzen

Nicht nur in E-Mails oder auf Webseiten können sich Schadprogramme verstecken, sondern auch auf mobilen Datenträgern wie USB-Sticks, MP3-Playern oder digitalen Bilderrahmen. Darüber berichtet die IT-News-Seite Heise (<http://www.heise.de>). So kann es unter Umständen bereits beim bloßen Anschluss eines Geräts an einen Computer zur Infektion mit einem Schadprogramm kommen – ohne dass zuvor eine Datei ausgeführt wurde. Besondere Vorsicht ist geboten, wenn mobile Datenträger unverlangt zugesendet werden – etwa als kleines Weihnachtsgeschenk. Anwender sollten grundsätzlich ein Virenschutzprogramm einsetzen und dieses regelmäßig auf den aktuellen Stand bringen.



Zu: 60 Jahre alt – und immer noch nicht Verfassung?, DP 4/09

Nach den Ausführungen ist das Grundgesetz am 24.5.1949 in Kraft getreten. Damit scheint aber klar zu sein, dass das GG für die BRD in Kraft getreten ist, zu der es diese noch gar nicht gab. Ein Gesetz für etwas, was es nicht gibt. Wie ist das juristisch zu vertreten? Am 7.9.1949 konstituierte sich der erste Deutsche Bundestag, am 12.9. wählte die Bundesversammlung Theodor Heuss zum Bundespräsidenten. Am 20.9.1949 gab der fünf Tage zuvor gewählte Kanzler Adenauer seine erste Regierungserklärung. Bei diesen Vorgaben des GG, wirkten so genannte Deutschland-Experten mit, und zwar an den Universitäten von Wisconsin, Amherst und Cambridge (Harvard) an der New School for Social Research im US-Kriegsministerium. Das Genehmigungsschreiben der Militärgouverneure zum GG, sagte folgendes: So bestimmten sie u. a. im Punkt 2, dass das GG gemäß Artikel 144/1 dem deutschen Volke zur Ratifizierung unterbreitet werde. Bei meinen Recherchen dazu habe ich nichts gefunden, aber Trotzdem gültig.

Spätestens der Einigungsvertrag zwischen BRD und der DDR vom 31.8.1990 hat in Art. 4, Ziff 2 den Art. 23 (Geltungsbereich) des GG aufgehoben, oder nicht exakt definiert ist, ist nirgendwo gültig! Oder? Für das Selbstwertgefühl der Ostdeutschen wäre es ganz schön gewesen, wenn die letzte DDR-Verfassung nicht einfach beerdigt worden wäre, da vom Volk damals abgestimmt, sondern sie selbst auch eine neue in Kraft gesetzt hätte

Siegfried Ziegner, Dresden

Zu: Zur Steinigung freigegeben, DP 6/09

Natürlich hat kein Polizeiführer oder Innensenator am 1. Mai die eingesetzten Beamten tatsächlich „zur Steinigung“ freigegeben. In Berlin herrschte auch kein „Bürgerkrieg“ im eigentlichen Sinne des Wortes. Eine drastische Wortwahl ist nach meiner Auffassung dennoch angebracht, um die Öffentlichkeit und die Politik auf ein Problem aufmerksam zu machen: Die Polizei sieht sich vor allem in Berlin einer steigenden Gewaltbereitschaft von linken Chaoten und „spaßorientierten“ Jugendlichen gegenüber. Die Gewalt von „links“ wird von Teilen des Berliner Senates nicht gerade mit deutlichen Worten verurteilt, was verständlich ist, wenn man die Äußerungen einiger

Politiker der Linkspartei hört. Diese Partei trägt in Berlin Regierungsverantwortung und hat daher auch Einfluss auf die Innenpolitik. Man hat der linksautonomen Szene in Berlin Freiräume geschaffen, die in den vergangenen Jahren zu einer steigenden Gewaltbereitschaft gegen Menschen und Sachen (Anzünden von Autos.) geführt haben. Die Beamten müssen für diese Entscheidungen an vorderer Linie ihren Kopf hinhalten und regelmäßig den Hass und die Gewalt derer über sich ergehen lassen, die unsere Rechtsordnung ablehnen.

Peter Neusius, Würzburg

Zu: Leserbrief der Kollegen Kannengießer und Rahlstedt, DP 8/09

Es ist doch sehr erfreulich, dass es doch noch Kollegen gibt, die den Islam richtig erkannt haben.

Wenn man erlebt hat, wie sich ein türkisches Mädchen (19) während eines Gespräches in der Wache weinend das Kopftuch heruntergerissen hat, mit den Worten sie wolle endlich tun und lassen was sie will, kann man vielleicht errahnen, wie es den weiblichen Angehörigen dieser Religion ergeht.

Werner Buff, Recklinghausen

Zu: gefälschte Polizei-Dienstausweise im Ebay-Angebot

Ich möchte Euch heute über einen Sachverhalt berichten, der mich – um es mal salopp zu sagen – fast aus den Socken gehauen hat.

Es ist ja allgemein bekannt, dass mit historischen, aber auch mit aktuellen Polizei-Uniformteilen, Dienstmützen, Abzeichen usw. über Ebay ein reger Handel getrieben wird. Generell müssten bei den aktuellen Artikel vor dem Verkauf alle Embleme und Abzeichen entfernt sein – es sei denn, man sendet so wie ich als sammelnder Kollege, eine Kopie des Dienst- oder GdP-Ausweises, um sich damit zu legitimieren.

Nun stöberte ich dieser Tage mal wieder bei Ebay im Internet – und ich konnte einfach nicht glauben, was ich da plötzlich sah, bzw. was dort angeboten wurde.

Da bietet doch tatsächlich ein Hamburger Ebayer – ganz gewiss keine Kollegin oder Kollege – fast originale NRW-Polizei-Dienstausweise an.

Diese Fälschungen sehen so echt aus, dass sogar ich darauf hereinfallen würde, wenn ein „Kollege“ ihn mir bei schlechten Lichtverhältnissen flüchtig vorzeigen würde.

Ich bin mir sicher, das 95 % der Bevölkerung und selbst andere Behördenmitarbeiter ebenfalls darauf hereinfallen; denn wem ist – außer uns – schon bekannt, dass die Grundfarbe nicht hellgrün ist und das nicht „Autobahnpolizei“ eingedruckt ist.

Die Photos evtl. auszutauschen dürfte ja wohl kein großes Problem sein. Somit sind diese Fälschungen von echten Dienstausweisen kaum zu unterscheiden.

Wenn man bedenkt, was zum Beispiel Betrüger an Haustüren, (Trickdiebstahl) oder bei „Verkehrskontrollen“ (Überfälle oder abkassieren), damit alles anstellen könnten, möchte ich mir lieber erst gar nicht vorstellen.

Wenn viele dieser Fälschungen tatsächlich in den Umlauf kämen, wäre ja das Verhältnis Bürger/Polizei total erschüttert und der Bürger würde zu Recht beim polizeilichen Einschreiten misstrauisch fragen: „Ist dies nun ein echter oder ein falscher Ausweis, bzw. Polizist?“

Eine Unverschämtheit finde ich es vor allem, auch noch das NRW-Hoheitssymbol zu missbrauchen – und dies ist strafbar.

Ich habe unverzüglich unser Innenministerium über diesen Vorfall in Kenntnis gesetzt und ich gehe davon aus, dass von dort strafrechtliche Maßnahmen eingeleitet werden.

Das Angebot wurde von Ebay zwar inzwischen vom Markt genommen, aber über Ebay müsste sich der Anbieter noch feststellen lassen.

Ich hoffe sehr, dass auch seitens von Euch – diesem gefährlichen Treiben Einhalt geboten werden kann – aber dies ist ja schon polizeiliche, bzw. staatsanwaltliche Ermittlungsarbeit.

Bernd Odendahl, per E-Mail

Zu: Gewalt gegen Polizeibeamte/auf dem „linken“ Auge blind?

In den letzten DP-Ausgaben (6-10/09) der ist mir aufgefallen, dass in den Beiträgen und Vorworten zwar von rechter Gewalt die Rede ist, jedoch die Linksautonomen unerwähnt bleiben.

Zur Erinnerung: Die Linksautonomen, haben am 1. Mai in Berlin auf die Einsatzkräfte Steine, Brandsätze, Feuerwerkskörper und eine militärische Gasgranate geworfen, im Internet wird zur Beseitigung des ermittelnden Oberstaatsanwalts aufgerufen, im Hamburger Schanzenviertel wäre beinahe eine Streife gelyncht worden.

Die GdP sollte sich dafür einsetzen, dass der Bewurf mit Feuerwerkskörpern als Verbrechenstatbestand geahndet wird (Herbeiführen einer Explosion). Auch sollte die



Kritik an der Berliner politischen/polizeilichen Führung etwas deutlicher ausfallen.

Dieter Frank, Böblingen

Zu: Wie viel Polizei ist noch zu verkraften?, DP 1/10

Am 30.7.1992 wurde ich, wie die damalige Polizeipräsidentin später feststellte, Opfer eines schweren Übergriffs.

Eine Frau trat auf der Beifahrerseite an den Streifenwagen, wo ich angeschnallt im Sicherheitsgurt saß. Völlig überraschend und ohne ein Wort zu sagen, richtete sie plötzlich und unvermittelt einen Revolver gegen meinen Kopf. Ich versuchte noch mit der Hand die Waffe zu erreichen, was mir nicht gelang, die Frau wich kurz zurück. Immer noch auf meinen Kopf zielend, spannte sie den Hahn, krümmte den Finger am Abzug und zog ganz langsam durch. Ich war fest davon überzeugt, im nächsten Augenblick getötet zu werden. In Todesangst waren meine Gedanken bei meiner Frau und meinem Sohn. Vor meinen Augen lief ein Film über mein Leben ab, der plötzlich beim Angesicht meiner Angehörigen stoppte. Immer noch angeschnallt, war ich der Frau völlig hilflos ausgeliefert. Die Frau zog den Abzug durch, es löste sich kein Schuss.

Das Ereignis, obwohl sofort gemeldet und schriftlich niedergelegt, wurde nicht als Dienstunfall untersucht. Es folgten acht psychisch und physisch außerordentlich belastende Jahre, in denen ich den überwiegenden Teil der beschriebenen Warnsignale (DP 1/10, Seite 10) durchleben musste. Drei Klinikaufenthalte brachten keinen Erfolg, niemand konnte mir helfen, die Ursache wurde nicht erkannt.

Im Jahre 2000, ich war völlig ausgebrannt, kam es zu einem psychischen Zusammenbruch, ich wurde dienstunfähig und begab mich sofort in psychotherapeutische Behandlung. Diagnose: Traumatisierung, Posttraumatische Belastungsstörungen, Depression. Die Unfallfolgen führten zur Schwerbehinderung. Es folgten weitere Klinikaufenthalte und im Jahre 2003, nach fast 40 Dienstjahren, wurde ich gegen meinen Willen aus dem Polizeidienst entlassen, bei entsprechender Kürzung der Pension. Die Anerkennung des Vorfalls als Dienstunfall lehnte die Polizei ab. Mit sich wiederholenden Begutachtungen und Verwaltungsbegründungen, bis hin zu meiner Psychiatrisierung verweigert das Land NRW die Verantwortung für die Folgen des erlittenen Unfalls. Fürsorgepflicht des Staates: Fehlanzeige, keine Beratung, keine Unterstützung, kein Versuch der Wiedereingliederung, nichts ...

Bei der Täterin handelte es sich um eine Psychopathin, die mit der Vorgehensweise

ihre Erschießung durch mich provozieren wollte.

Heute, mehr als 17 Jahre nach der Tat und fortgesetzter psychotherapeutischen Behandlung, bleibe ich als Opfer dieser Straftat zurück und werde durch die unglaublich ignorante Haltung der verschiedenen Verwaltungsebenen ein zweites Mal zum Opfer gemacht!

Wie viel Verwaltungsstreit kann ich noch verkraften? Ich rate allen Kolleginnen und Kollegen, sorgsam mit der eigenen Gesundheit umzugehen, denn auf die Fürsorgepflicht des Staates ist kein Verlass!

Herbert Oeser, Hamm

Zu: Führung in der Polizei, DP 12/09

Es ist ja schön, was Sie so schreiben, aber die Wirklichkeit sieht doch noch oft anders aus. Führungskräfte dürfen Lügen und Betrügen, ohne dass dieses wirkliche Konsequenzen hat, sogar mit Wissen der übergeordneten Dienstaufsicht, eine Krähe hackt der Anderen halt kein Auge aus.

Respekt vor den Untergebenen Mitarbeitern ist nicht vorhanden, Wertschätzung oder Anerkennung gibt es nur für „Mitläufer“. Hier wird aktiv Mitarbeiterpotential ohne Not verbrannt.

Solange keine wirkliche 360°-Beurteilung mit entsprechenden Konsequenzen auch für Führungskräfte stattfindet, wird das Gefügigmachen über willkürliche Beurteilungen und menschenverachtendes Auftreten von Führungskräften weiterhin stattfinden. In Ansätzen ist eine Führungsbeurteilung ja schon gemacht worden, aber schnell wieder in der Schublade verschwunden, da die Ergebnisse entsprechend katastrophal für die Führungen ausgesehen haben und deren geistige Haltung hat sich in der Zwischenzeit nicht wirklich verändert. Ihr Kommentar zu dem Ergebnis war auch entsprechend: In einem Jahr spricht da niemand mehr drüber.

Hoffnung machen die Nachwuchsführungskräfte, die den kooperativen Stil auch dann noch leben, wenn sie deshalb von der Führung „Abgemahnt“ werden, aber ihren Weg trotzdem weiter gehen. Das sind dann die Kollegen/innen, für die die Mannschaft auch durchs Feuer geht, weil sie mit Vertrauen führen und nicht mit oben beschriebenen mittelalterlichen Gutsherrenmanieren regieren.

Es wird also noch Jahre brauchen, bis der kooperative Führungsstil auch in den letzten Teilen des Landes angekommen ist und gelebt wird, aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Name ist der Redaktion bekannt

Nutzen und Risiken der Krebs-Früherkennung

Analysen der Stiftung Warentest kostenlos über www.krebshilfe.de

Die Deutsche Krebshilfe setzt sich dafür ein, dass die von den gesetzlichen Krankenkassen angebotenen Früherkennungsuntersuchungen genutzt werden, da Tumorerkrankungen im Frühstadium mit großer Wahrscheinlichkeit heilbar sind. Manche Untersuchungsverfahren, die als individuelle Gesundheitsleistung (IGeL) angeboten werden, bergen jedoch erhebliche Risiken, die gegen den möglichen Nutzen abgewogen werden müssen. Die Stiftung Warentest unterzieht die derzeit in Deutschland und Österreich angebotenen Tests zur Krebs-Früherkennung einer regelmäßigen wissenschaftlichen Überprüfung. Besucher der Website der Deutschen Krebshilfe (www.krebshilfe.de) können die Informationen der Stiftung Warentest ab sofort kostenfrei abrufen.

Deutsche Krebshilfe e. V.

Bundesministerium plant neues Verkehrssicherheitsprogramm

Mit einem neuen Konzept für mehr Sicherheit im Straßenverkehr will die Bundesregierung die Zahl der Verkehrstoten innerhalb von zehn Jahren um 40 Prozent senken. Das kündigte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Andreas Scheuer (CSU), in einem Gespräch mit dem ACE Auto Club Europa an. Das Internetportal des Clubs zitierte Scheuer, das Programm werde eine „Fülle von Maßnahmen“ enthalten; sie seien darauf gerichtet, die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Das Programm selbst solle Anfang 2011 in Kraft treten und den Plan der Vorgängerregierung ersetzen. Nach Darstellung von Scheuer sind die meisten Verkehrsoffer bei Unfällen auf Landstraßen zu beklagen. Deshalb müsse man in der Unfallverhütung dort einen Schwerpunkt setzen. Landstraßen lägen allerdings in der Hoheit der Bundesländer. Erfolge ließen sich daher nur gemeinsam mit den Ländern in einer „konzertierten Aktion Landstraße“ erzielen. Scheuer kündigte ferner ein weiteres europäisches Verkehrssicherheitsprogramm für die nächsten zehn Jahre an, es solle schon in Kürze der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Laut ACE wird dieses EU-Programm auch vom 48. Deutschen Verkehrsgerichtstag Ende Januar in Goslar erörtert.

ACE



Angemerkt: Tarifforderungen der Gewerkschaften abgelehnt



In diesem Jahr werden im öffentlichen Dienst wieder Tarifverhandlungen, diesmal für den Bereich des Bundes und der Kommunen, geführt.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (ver.di, GEW,

GdP und dbb-Tarifunion) fordern für die Tarifrunde 2010 insgesamt 5 Prozent mehr mit sozialen Komponenten sowie weitere Angleichungen von Ost an West.

Die Laufzeit soll zwölf Monate betra-

gen; die Übernahme des vereinbarten Volumens auf den Beamtenbereich ist selbstverständlich Teil des Forderungspaketes.

Wie am 16.12.2009 aus Rundfunk und Fernsehen zu hören und zu sehen war, wurden die Forderungen der Gewerkschaften von den öffentlichen Arbeitgebern rigoros abgelehnt.

Es ist dabei nicht verwunderlich, dass schon wieder die Wirtschafts- und die Finanzkrise für die Ablehnung der berechtigten Tarifforderungen herhalten muss. Dies ist angesichts der Verschleuderung von öffentlichen Geldern (Bankrettungsfond) und von Steuergeschenken – zuletzt durch das zum Jahresende 2009

beschlossene Wachstumsbeschleunigungsgesetz völlig unglaubwürdig.

Liebe Seniorinnen und Senioren, wir wissen, dass die Tarifverhandlungen wieder sehr schwierig werden. Nach Abschluss der Tarifrunde werden wir uns dafür einsetzen, dass die erzielten Abschlüsse – wirkungsgleich auf die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger übertragen werden.

Liebe Seniorinnen und Senioren, die Seniorengruppe der GdP wird die Tarifverhandlungen aktiv begleiten. Ich fordere euch alle auf, die Tarifbeschäftigten bei ihrem Kampf um die Tarifrunde 2010 zu unterstützen.

Artur Jung
Bundesseniorenvorsitzender

2009 – Rückblick auf das Miteinander – Ausblick auf das Füreinander

– Gedanken von Heinz Blatt –

„Prosit Neujahr“ sagen wir einander am Beginn des Jahres und wünschen uns damit alles erdenklich Gute. Begleitet wird dieser Wunsch aber auch von der Frage: „Was wird das neue Jahr uns bringen?“ Der Jahreswechsel, der jetzt schon wieder einen Monat hinter uns liegt, ist immer auch Anlass, zurückzublicken auf das im alten Jahr Geleistete und Erlebte und zugleich vorzuschauen auf das vor uns liegende Jahr. Ich weiß nicht, wie ihr es erlebt habt, ich jedenfalls hatte den Eindruck, dass das Jahr 2009, kaum hatte es begonnen, auch schon wieder zu Ende war.

Damit stellt sich die jährlich wiederkehrende Frage, wo die Zeit geblieben ist. Ich weiß, dass die Generationen den Ablauf eines Jahres unterschiedlich empfinden – für die Einen rast die Zeit, für die Anderen ist das Tempo völlig normal. Für alle aber stellen sich dieselben Fragen:

- Hat man die Zeit des Jahres 2009 gut und sinnvoll genutzt?

- Sind die Vorsätze, die Ziele, über die man Ende 2008 vielleicht nachgedacht hat, erreicht?

Es geht wohl jedem so, dass durch den üblichen Tagesablauf einige vorgenommene Ziele stets verschoben werden. Wir haben es nämlich nicht nur in unserer Hand, was wir tun, wir sind auch mehr oder minder fremdbestimmt. Das weitere Verschieben ist im Grunde nur ein neues Besinnen, ein mögliches Korrigieren und weiteres Erarbeiten. Auch die Frage: „Was wird uns das neue Jahr bringen?“ wird unterschiedlich beantwortet.

Bei aller Unterschiedlichkeit bleibt wie ein roter Faden der eine Wunsch nach Gesundheit. Und doch weiß jeder, dass mit Krankheit oder gar Tod im persönlichen, familiären oder Freundeskreis zu rechnen ist. Aber auch andere Fragen stellen sich uns:

- Wird die neue Koalition ihre Wahlversprechen halten können?
- Wird das Sozialklima kälter?

- Müssen wir mit weiteren Einschnitten rechnen?

Wünsche darf man ja äußern, denn Wünsche sind der Stoff, aus dem unsere Seele gemacht ist. Was heißt das aber für uns, wenn wir allgemein Wünsche aussprechen? Sicher nicht, dass wir glauben, Wünsche könnten auf magische Weise Sorgen, Nöte und Zweifel beseitigen und Wohlbefinden auslösen. Nein, mit unseren Wünschen drücken wir Hoffnung, Zuversicht und Mitmenschlichkeit aus. Da aber Wünsche auch Fragen stellen, liegt es nahe, im Blick auf die neue Koalition sich zu fragen: Wird sie zu dem stehen, was sie versprochen hat? Und kann sie überhaupt einhalten, was sie zu ihrem Ziel erklärt hat?

Denn bekanntlich ist ja nichts unwägbarer als die Politik. Aber sie muss sein – die Politik. So bleibt der Wunsch nach Verlässlichkeit und die Erwartungen, dass Politiker sagen, was stimmt. Sie müssen nicht alles sagen, was sie wissen, aber was sie sagen, muss stimmig sein. Mit anderen

Worten, es muss Hand und Fuß haben. Dann dürfte in die Politik zurückkehren, was sie verloren hat: Vertrauen. Vertrauen untereinander und Vertrauen aneinander.

scheinen mir berechtigt. Denn, was man zurzeit feststellen kann und mir Sorge bereitet, ist, dass das Sozialklima sich zunehmend verschlechtert und rauer wird. Die „soziale Kälte“ umfasst insbesondere

sich einsam oder an den Rand gedrückt fühlen muss, dass alle sich fragen, wie sie sich an dem, was unser ehemaliger Bundespräsident Johannes Rau den „Wärmestrom“ in der Gesellschaft nannte, beteiligen können. Doch wie erreichen wir die notwendige Wärme in der Gesellschaft, in der „cool“ erscheinen, für viele ein erstrebenswertes Ziel darstellt? Ich denke, wir müssen ein Gegengewicht schaffen, in dem wir Werte vorleben und weitergeben, die dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft nicht nur funktioniert, sondern in der sich Jede und Jeder angenommen fühlt. Diese Werte sind allgemeiner Natur, sie heißen Menschlichkeit, Solidarität mit den Schwächeren, Verantwortungsbereitschaft und Nächstenliebe.



Politischer Mittelpunkt Deutschlands: Der Reichstag in Berlin, Sitz des Deutschen Bundestages. Foto: Tom Maelsa/dpa

Auch die andere Frage steht an: Wird das soziale Klima kälter? Haben Achtung und Beachtung mit gegenseitiger Anteilnahme wieder Chancen? Diese Fragen

die Schwachen unserer Gesellschaft, die Randgruppen und Minderheiten. Mein konkreter Wunsch für die Zukunft ist deshalb, dass niemand in unserer Gesellschaft

Auch die dritte angeschnittene Frage: Müssen wir mit weiteren Einschnitten rechnen? – bleibt berechtigt – aber die Antwort stellt sich nicht automatisch ein. Wir können nur hoffen, dass bei allen notwendigen Einschnitten die eigene familiäre Lebensqualität nicht zu viel Schaden leiden wird. Im Rückblick auf das miteinander dürfte doch jeder Bausteine gemeinsamer guter Erfahrungen gemacht haben. Sie geben das Fundament zu einem vertrauensvollen Füreinander in das vor uns liegende Jahr 2010.

Seniorenpolitische Konferenz des DGB

Am 9. Dezember 2009 fand in Hamburg, in den Räumlichkeiten des DGB Bezirkes Hamburg, eine Seniorenpolitische Konferenz des DGB unter der Losung: „Soziale Gerechtigkeit für alle Generationen“ statt.

Die GdP hatte 10 Mandate. So nahmen an dieser Beratung gemäß Festlegung der letzten Bundesseniorenvorstandsitzung der Geschäftsführende Bundesseniorenvorstand und mit Rücksicht auf den Anfahrtsweg die Landesseniorenvorsitzenden der Norddeutschen Länder und Berlin sowie Hans Adams, teil.

Die letzte Seniorenpolitische Konferenz des DGB fand 1999 statt. Seit dieser Zeit gab es zum Teil wenig Bewegung. Nach dem letzten DGB-Kongress 2006 kam wieder mehr Bewegung in die Seniorenpolitik. Mit der Umgliederung der Senioren aus dem Bereich Organisation in

den Bereich Sozialpolitik wurde die Stellvertretende Vorsitzende Annelie Buntenschach für Seniorenpolitik zuständig.

Sie hielt das Referat zum Thema: „Soziale Gerechtigkeit für alle Generationen: Herausforderung für die Sozialpolitik.“ Sie betonte, dass der DGB-Bundeskongress 2006 die Aufgabe gestellt hatte im Rahmen der bisherigen satzungsmäßigen Möglichkeiten die seniorenpolitische Interessenvertretung zu stärken. Dieser Auftrag führte zur Erarbeitung der seniorenpolitischen Eckpunkte, die im März 2008 vom Bundesvorstand verabschiedet wurden.

Die klassischen sozialpolitischen Themen wie Rente, Gesundheit, Pflegeversicherung und weitere seniorenspezifische Fragen wie Schaffen eines seniorenfreundlichen Klimas, Gewalt gegen Ältere, Zugang zu kulturellen Angeboten sowie altsgerechtes Bauen und Wohnen spielen darin eine große Rolle.

Es war im DGB Einigkeit darüber erzielt, dass der DGB für Seniorenpolitik zuständig ist und die Gewerkschaften im DGB in ihren Organisationseinheiten für die Seniorenarbeit vor Ort. Es war vereinbart, dass auf den Ebenen der Bezirke und Regionen in Abstimmung mit den Gewerkschaften Seniorenstrukturen geschaffen werden, sofern Bedarf dafür besteht.

Hier war auch festgelegt worden, dass von den Vorständen der jeweiligen Ebene Seniorinnen/Senioren mit beratender Stimme hinzugezogen werden.

Diese Fragen sind bei den Beratungen der Gewerkschaftsvorsitzenden in die neue Satzung eingegangen. Dabei ging es auch darum die Geltung der Gewerkschaften innerhalb des DGB zu stärken.

Der DGB will Politik für und mit Senioren. Die Seniorenpolitik ist Bestandteil der Sozialpolitik und als solche in der Satzung verankert. Die Koordination der Seniorenarbeit soll auf allen Ebenen gewährleistet werden. Das setzt voraus dass gewerkschaftliche Aktivitäten der Senioren in den Regionen vorhanden sind.

Annelie Buntenschach appellierte an die Anwesenden, nicht zu viel Energie nach



innen auf uns selbst zu lenken. Sie verwies darauf, dass die Sozialpolitik und die Seniorenpolitik der nächsten Zeit beeinflusst werden von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme. Sie führte weiterhin aus: „Die Seniorenpolitik hat sich – auch im Rahmen der DGB Strukturreform – fest etabliert. Ich bin davon überzeugt, wenn wir weiterhin eine solide inhaltliche Arbeit machen, werden sich auch die organisatorischen Bedingungen der Seniorenpolitik innerhalb des DGB weiter verbessern, ohne dass wir uns ständig mit Satzungsfragen beschäftigen. Vor den Gewerkschaften stehen Abwehraufgaben wie die Privatisierung der Altersversorgungssysteme, Rentengerechtigkeit, Niedrigeinkommen und Gesundheitspolitik, die erhebliche Anstrengungen fordern werden.“

Ein Vortrag zum Thema: „Generationsbetrug und Rentnerdemokratie“; die Vorstellung des Hamburger Modells der Seniorenarbeit und ein Round-Table-Gespräch zu seniorenpolitischen Schwerpunkten rundeten die Tagung ab. Zusammenfassend lässt sich sagen: eine Veranstaltung, die es in dieser Art öfter geben sollte.

Einige Teilnehmer waren aber irgendwie nicht ganz zufrieden und hätten es wohl besser gefunden, wenn eine Resolution an den Bundesvorstand verabschiedet worden wäre, mit der Forderung die Senioren sofort mit Stimmrecht in allen Vorständen in der DGB-Satzung zu verankern.

Wolfgang Jung
Stellv. Vors. Bundesseniorenvorstand

Polizeiforschung für Studium und Praxis

Der vorliegende Lehr- und Studienbrief liefert einen Überblick über Begriff und Gegenstand der Polizeiforschung. Das Verhältnis zur Polizeiwissenschaft wird ebenso thematisiert wie die Unterschiede zwischen kriminologischer Forschung und Polizeiforschung. Ferner sind die Entwicklung dieses Forschungsgebietes in Deutschland und seine institutionelle Verankerung zentrale Aspekte der Darlegungen. Anhand ausgewählter Forschungsberichte stellt der Autor im Anschluss aktuelle Themen der Polizeiforschung vor und gibt ergänzend dazu einen Überblick über die zur Verfügung stehenden Methoden. Das Abschlusskapitel ist eine Handreichung für die Konzeption empirischer Forschungsarbeiten, die vor allem für Studierende in einem Bachelor- oder Masterstudiengang von Interesse ist.

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie, Nr. 11: Polizeiforschung für Studium und Praxis, Reinhard Mokros, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb, 1. Auflage 2009, 112 Seiten, 12,90 Euro, im Abonnement und 14,90 Euro im Einzelbezug, ISBN 978-3-8011-0606-5

Bearbeitung von Jugendsachen

Einsatzkräfte der Polizei kommen im täglichen Dienst aus vielfältigen Anlässen mit jungen Menschen in Kontakt. So wei-

sen einerseits die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik in den letzten Jahren steigende Kriminalitätsbelastungen bei jungen Menschen und höhere Anteile von Gewaltstraftaten aus. Andererseits gilt es, diese Personengruppe vor Übergriffen, wie z.B. Misshandlungen, Vernachlässigungen, sexuellen Missbräuchen, zu schützen.

In diesem Studienbrief stellen die Autoren die wesentlichen Tätigkeitsfelder polizeilicher Jugendarbeit – Kriminalprävention, Jugendschutz durch Gefahrenabwehr, Strafverfolgung von Jugendkriminalität – dar und rüsten Polizeibeamte mit dem dazu notwendigen Grundwissen aus. Sie vermitteln fundierte Kenntnisse sowohl zur Phänomenologie, zu den Ursachen und der Entwicklung der Kinder- und Jugenddelinquenz als auch zu den spezifischen Bestimmungen des Jugendgerichtsgesetzes und der entsprechenden Polizeidienstvorschrift (PDV 382).

Den im operativen Dienst und im Ermittlungsdienst der Polizei tätigen Beamtinnen und Beamten geben sie damit eine praxisorientierte Anleitung zum Thema Jugendsachen an die Hand.
Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie Nr. 12: Bearbeitung von Jugendsachen, Horst Clages, Dr. Reinhard Nisse, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb, 1. Auflage 2009, 117 Seiten, 12,90 Euro/23,30 sFr. im Abonnement und 14,90 Euro/26,70 sFr. im Einzelbezug, ISBN 978-3-8011-0610-2



**Deutsche
Polizei**

Nr. 2 • 59. Jahrgang 2010 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Rüdiger Holecek (verantwortlicher Redakteur)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin, Telefon (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

TITEL

Foto: Jens Wolf/ddp Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiter:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009



Druckauflage dieser Ausgabe:
174.698 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

